



Klimawandel. Heiße Sommer, Trockenheit

***Fridays for Future* und *Die Grünen* als Volkspartei**

Gerhard Stapelfeldt

Zitation: Stapelfeldt, Gerhard (2019): Klimawandel. Heiße Sommer, Trockenheit: Fridays for Future und Die Grünen als neue Volkspartei, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2019 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Ausgelöst durch den Protest einer 16jährigen Schwedin und motiviert durch die unübersehbar zunehmende Erderwärmung führen seit einem Jahr Schüler in Deutschland jeden Freitag einen Schulstreik durch und versammeln sich zu Demonstrationen gegen die Klimapolitik der Regierungen. Diese Bewegung *Fridays for Future* (FFF) ist binnen kurzer Zeit zu einer weltweiten Bewegung geworden, der sich nun auch Menschen aller Generationen anschließen.

Das Verdienst von FFF ist eindeutig: Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß trotz jahrzehntelanger Forschungen und wissenschaftlicher Berichte, trotz einer Unzahl von Regierungs-Konferenzen, trotz internationaler und nationaler Maßnahmen, trotz jahrzehntelanger Proteste gegen die Untätigkeit von Regierungen, der Klimawandel mit seinen destruktiven Folgen unaufhaltsam voranschreitet. Im Unterschied zu bisherigen Protestbewegungen aber wird FFF durch Massenmedien, Parteien und Regierungen hofiert. Nach Meinungsumfragen wird das Problem des Klimawandels von der grossen Mehrheit der Bevölkerung als eines der drängendsten Probleme der Zeit bezeichnet. Parteien stellen das Problem des Klimawandels und einer angemessenen Reaktion an die Spitze ihrer Agenda; die Partei *Die Grünen* steigt in Deutschland zur neuen Volkspartei auf und läßt bei Wahlen und Meinungsumfragen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weit hinter sich. Offenbar stößt der Widerstand von FFF auf kaum einen politischen und gesellschaftlichen Widerstand.

Dieser Merkwürdigkeit wird im folgenden Text nachgegangen.¹ Kritisiert wird FFF als eine gesellschaftlich konformistische, unpolitische Bewegung, die bewußtlos dem Irrationalismus der neoliberalen Politik-Ökonomie folgt. Der Ausgangspunkt ist eine Beschreibung von FFF als gesellschaftlicher bewußtloser Bewegung (Abschnitte 1 und 2). Gestützt wird diese kritische Beschreibung zunächst durch den Verweis darauf, daß die Protestierenden der FFF-Bewegung auf ihren Demonstrationen ihre eigene Betroffenheit vom Klimawandel ausdrücken und von den politisch Mächtigen die Lösung erwarten – und eben nicht von einem gesellschaftlichen Widerstand (Abschnitt 3). Gestützt wird diese kritische Beschreibung sodann negativ durch den Verweis auf ausbleibende Protestbewegungen gegen weltgesellschaftlich destruktive Entwicklungen: gegen Kriege, gegen absolute Armut (Abschnitt 4). Der gesellschaftlich konformistische, unpolitische Protest der FFF-Bewegung wird weiterhin in den Kontext wichtiger, seit 1972 vorliegender Klimaberichte gestellt, die von gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen der Erderwärmung weitgehend abstrahieren (Abschnitt 5). Aus diesen gesellschaftlich unreflektierten Berichten lassen sich für die Länder der OECD drei Lösungsstrategien ableiten: Technik, Privatismus, Aufhebung der Natur (Abschnitt 6). Die Kritik des gesellschaftlichen Analphabetismus von FFF, die nunmehr in einen größeren Kontext gestellt ist, wird systematisch begründet durch die Logik der globalen Ordnung der neuen Freiheit, deren zentrales Dogma lautet: gesellschaftliche Verhältnisse und Krisen sind unerkennbar und darum unsteuerbar (Abschnitt 7). Auf diesem Hintergrund kehrt die Kritik nochmals zu FFF zurück: Kommentiert wird ein Interview der deutschen Sprecherin der Bewegung, Luisa Neubauer (Abschnitt 8). In den vorgestellten Klimaberichten wird aber auch eine Ursache des Klimawandels und der Naturzerstörung benannt, die nicht in den reichen Staaten der OECD liegt, sondern in den Entwicklungsländern: die Überbevölkerung. Also, lautet die rechtspopulistische und rassistische Propaganda, die auch vom Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages W. Kubicki geteilt wird, muß diese Überbevölkerung vor allem in Afrika reduziert werden. Der rassistische Rechtspopulismus ist die konsequente Form, die Krise der Natur zusammen mit der Krise der Weltgesellschaft zu negieren und zu liquidieren (Abschnitt 9). Am Ende steht eine grundsätzliche Frage der theoretischen Kritik der Naturzerstörung: Die Frage des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Herrschaft und Herrschaft über die äußere und innere Natur ist eine zentrale Frage der Kritischen Theorie der Gesellschaft. Der Verweis auf die Gesellschaftstheorie ist umso wichtiger, als weder die herrschende Klimapolitik noch die FFF-Bewegung nach gesellschaftlichen Ursachen der Naturzerstörung im allgemeinen, des Klimawandels im besonderen fragen (Abschnitt 10).

Die vorgetragene Kritik der FFF-Bewegung ist ein Beitrag zum gesellschaftlichen Lernprozeß der Bewegung. In der Theorie der Gesellschaft steht der Theoretiker nicht über den Dingen, sondern gehört dem Erkenntnisgegenstand selbst an. Das allein verbietet jede Argumentation nach dem abstrakten Gegensatz von wahr und falsch. „In Aufklärungsprozessen gibt es nur Beteiligte.“ (Habermas 1971: 45). Darauf haben nicht nur Marx und Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* (MEW 4: 470-472), darauf hat nicht nur Marx im ersten Satz der *Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation* (MEW 16: 14) hingewiesen, sondern auch Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Lenins Konzept einer konspirativen Avantgarde-Partei von Berufsrevolutionären: Keine weltverän-

¹ Der Entwurf des Textes ist erschienen unter dem Titel: „Der globale Protest gegen die Klimapolitik der führenden Wirtschafts-Nationen und die Wahlerfolge der Partei Die Grünen“ in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft. Der Text bildete die Grundlage für eine Reihe von Vorträgen, gehalten: auf Einladung des AStA am 14.11.2019 an der Universität Frankfurt am Main; am 22.11.2019 an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hamburg; am 12.12.2019 an der Universität Hannover im Rahmen einer Ringvorlesung über Kritische Theorie: „Was nun?“
Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Fassung des Entwurfs vom 14.11.2019

dernde Praxis ohne einen gesellschaftlichen Aufklärungsprozeß über das Gesellschaftlich-Unbewußte. Das Neue ist in einer Bewegung des solidarischen Widerspruchs und Widerstands weder a priori bekannt, noch entsteht es nach der Weltveränderung, sondern entwickelt sich im Widerspruch und Widerstand selbst – oder gar nicht.

1. Klimawandel. Widerstand ohne Widerstand

Am 25. Juli 2019 wurde in Deutschland, in Lingen (Emsland), die bislang höchste Tagestemperatur gemessen, seit es Wetteraufzeichnungen gibt: 42,6 Grad Celsius. Nach Angaben der *World Meteorological Organization* (WMO) der Vereinten Nationen war der Monat Juni auf der Nordhalbkugel der Erde der heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahre 1881. Laut WMO fielen, in demselben Zeitraum, die 20 wärmsten Jahre in die letzten 22 Jahre. Trockenheit, Waldbrände, Wasserknappheit, sinkende Agrarproduktionen und das Abschmelzen des Polar-Eises sowie der Gletscher in den Alpen, in den Anden und im Himalaya, endlich der langsame Anstieg der Meeresspiegel sind die Begleitumstände. Der Klimawandel, seit Jahrzehnten erforscht, in dramatischen Prognosen beschrieben, scheint für jeden Menschen auch in den reichen Nationen eindeutig eingetreten – und die Zeit scheint zu drängen, sollen die Existenzgrundlagen der Menschheit nicht endgültig destruiert werden.

Gegen den Klimawandel erhebt sich neuerdings ein weltweiter, höchst bemerkenswerter Protest. Schüler demonstrieren seit dem Januar 2019 freitags gegen die herrschende Umwelt- und Klimapolitik: sie erklären den Schulstreik, bleiben dem Schulunterricht fern und demonstrieren unter dem Slogan *Fridays for Future*. Am 20. September 2019 wurden weltweit Großdemonstrationen veranstaltet. In Deutschland gingen 1,4 Mio. Menschen auf die Straßen. Viele Regierungen und politische Parteien offerieren in immer kürzeren Zeitabständen Lösungsvorschläge – offenbar, weil sie bemerken, daß ihnen die zukünftigen Wähler abhanden kommen. Selten wurden Protestierende so hofiert wie gegenwärtig. Die globale Krise der Natur findet ihre Antwort in einer globalen Kritik.

Fridays for Future (FFF) hat sogar ein Gesicht: Greta Thunberg, 16 Jahre alt, trug im August 2018 erstmals einsam ihren Protest vor. Binnen kürzester Zeit hat sie weltweit nicht nur Millionen follower, sondern ist zum Medien-Star aufgestiegen. Greta sucht erfolgreich nach Treffen mit Berühmtheiten: mit Schauspielern, mit Ex-US-Präsidenten, mit dem Papst, mit Ministern und Ministerpräsidenten. Die Angesprochenen zeigen sich beeindruckt, Greta empfangen und mit ihr sprechen zu dürfen. Sie selbst inszeniert sich als das Klima-Gewissen der Welt und spricht auf der UN-Vollversammlung 2019: „Ihr habt mir die Zukunft gestohlen!“ Gretas Eintreffen zur *Conference of the Parties* (COP 25), der Vertragsstaaten-Konferenz der Klimaschutz-Konvention der Vereinten Nationen, in Madrid (2.-13. Dezember 2019), ihre Teilnahme an der Großdemonstration am 7.12.19 glich der Erscheinung eines Pop-Stars, wenn nicht einer Heiligen. Ihre Anhänger verleihen ihr das Charisma fast übernatürlicher Fähigkeiten: als ob die Retterin der Welt selbst erschienen sei. In Gretas Schatten steigen andere Retterinnen der Welt zu nationalen Sprecherinnen von FFF auf; in Deutschland ist Luisa Neubauer das Gesicht von FFF. Die Individualisierung unterminiert den potentiell politischen Gehalt des Protests; sie bedient die Bedürfnisse der Massenmedien, sie befriedigt narzißtische Bedürfnisse der Retterinnen. Die follower übertragen die Rettung den Sprecherinnen, indem sie diesen ein Charisma zuschreiben; die Sprecherinnen ihrerseits übertragen die Rettung der Welt den Regierenden. Die Bewegung de-aktiviert sich selbst.

Fridays for Future macht nahezu vergessen, daß der Klimawandel seit etwa 50 Jahren in der Weltöffentlichkeit thematisiert wird. Der erste bedeutende Hinweis auf die globale Erderwärmung mit den bekannten Folgen findet sich im Bericht des *Club of Rome* über die *Grenzen des Wachstums* (1972). – Im Rahmen der UNO fand 1979 die *First World Climate Conference* in Genf statt, auf der die *World Meteorological Organization* (WMO) gegründet wurde. Auf die Genfer Konferenz folgte die Klimakonferenz in Toronto 1988, auf der der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Exchange*: IPPC) gegründet wurde. Eine weitere Klimakonferenz fand 1990 wiederum in Genf statt. – Berühmt ist der UN-Umweltgipfel von Rio de Janeiro 1992, auf dem die 1994 in Kraft getretene *Klimarahmenkonvention* verabschiedet wurde. Seit 1995 (Berlin) finden jährlich die *Konferenzen der Vertragsstaaten* (COP) der Klimakonvention statt. Diese Staaten sind gegenwärtig die Unterzeichner-Staaten der Klimakonvention von Paris (2015). – *Fridays for Future* kommt das Verdienst zu, deutlich und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß trotz all dieser Konferenzen und der nationalen Klima-Politiken sich nichts geändert hat an der fortschreitenden Erd-Erwärmung, die die Existenzgrundlagen der Menschheit zu bedrohen scheint; daß nicht einmal die vertraglich vereinbarten Ziele erreicht wurden. Das proklamierte Interesse von FFF ist: Das Erreichen, die Umsetzung der in der Konvention von Paris festgelegten Ziele. Darum richtet sich FFF an Regierungen und klagt, als Minimallösung, technische und privatistische Maßnahmen ein, um die Klimakrise zu beherrschen und um das Tempo der weiteren Erderwärmung zu drosseln.

Fridays for Future macht auch nahezu vergessen, daß es Protestbewegungen gegen die bedrohliche Erd-Erwärmung ebenfalls seit etwa 50 Jahren gibt. Anlässlich der *Conference of the Parties* (COP 25) in Madrid im Dezember 2019, an der 30.000 Delegierte teilnahmen, haben mehr als 800 Organisationen – Nicht-Regierungs-Organisationen, Vertreter sozialistischer und sozialdemokratischer sowie grüner Parteien, Gewerkschaften, indigene Organisationen aus Lateinamerika – eine *Alternative Klimakonferenz* veranstaltet und am ‚Marsch für das Klima‘ (7.12.2019) teilgenommen. Besonders den Indigenas wurde die ihnen sonst verweigerte Möglichkeit zu sprechen gegeben. – Während die Vertreterinnen der *Fridays*-Bewegung hofiert werden, haben vor allem die indigenen Bewegungen in Lateinamerika – in Brasilien und Chile, in Ecuador und Peru – mit erheblicher Repression zu rechnen; sie sind immer wieder Opfer geworden von Mörderbanden der Regierungen und der Großgrundbesitzer. *Fridays* ist bislang eine Widerstandsbewegung, die auf keinen Widerstand trifft – sondern auf scheinbare Anerkennung. Dafür sind die Erfolge der Bewegung, obwohl sie Millionen junger Menschen weltweit mobilisiert, allenfalls gering: Die Bundesregierung hat mit ihrem ‚Klimapaket‘ vom September 2019 deutlich demonstriert, daß sie die *Fridays*-Bewegung nicht allzu ernst nimmt.

Was also ist das Besondere dieser *Fridays-for-Future*-Bewegung? Warum ist diese Bewegung so schnell zu einer globalen Bewegung aufgestiegen? Warum werden die Vertreterinnen dieser Bewegung durch Massenmedien und Politiker hofiert, gelobt, gewürdigt? Warum trifft dieser Bewegung auf kaum einen gesellschaftlichen Widerstand? Warum erreicht diese Bewegung, obwohl sie weltweit Millionen Menschen mobilisiert, so wenig – wenn überhaupt etwas. Auf der COP25-Konferenz in Madrid jedenfalls, so lautet das Zwischenergebnis, sind keine durchschlagenden Beschlüsse zu erwarten – trotz der Großdemonstration vom 7. Dezember 2019, trotz der Alternativen Klimakonferenz in Madrid.

2. Protest gegen die Krise der Natur – kein Protest gegen die gesellschaftlichen Ursachen der Krise

Wer gegen die Krise der Natur den Widerspruch erhebt, ohne die gesellschaftlichen Ursachen der Krise anzuklagen und auf deren substantielle Veränderung zu dringen, wird auf keinen gesellschaftlichen Widerstand treffen. Wer sich an die politisch und gesellschaftlich Herrschenden wendet und von diesen die Überwindung der Krise verlangt, handelt nicht widerspenstig, sondern konformistisch. Es ist, also ob sehr kindlich nach dem guten Herrscher, dem guten Vater verlangt wird: so hat Greta Thunberg vor der UN-Vollversammlung im September 2019 gesprochen.

Die *Fridays-for-Future*-Bewegung hat die Klimaforscher auf ihrer Seite: ihre Erkenntnisse werden gehört, ihre Prognosen erfahren ihre Bestätigung. Die Protestierenden scheinen anzunehmen, es bedürfe lediglich die Anerkennung der Resultate der Klimaforschung, um die Regierungen zum Handeln zu bewegen. – There's No Planet B, skandieren die Teilnehmerinnen der *Fridays-for-Future*-Demonstrationen: und protestieren damit gegen das Abschmelzen der Pole, gegen die drohende Trinkwasser-Knappheit, gegen die Austrocknung der Böden mit verheerenden Folgen für die Nahrungsmittel-Produktion, gegen die Verseuchung der Meere durch Plastikmüll, gegen die Abholzung der Tropenwälder in Südamerika und Asien zum Zwecke der ökonomischen Verwertung der Ländereien, gegen die alljährlich immer katastrophaleren Waldbrände in Europa, Sibirien und Australien, gegen den Verlust der Artenvielfalt, gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde, gegen die Kontaminierung der Böden, gegen die Feinstaub-Belastung der Luft, gegen den Verkehrs-, 'Infarkt', ... Konferenzen über Konferenzen wurden abgehalten, mit zehntausenden Konferenzteilnehmern, um den selbstdestruktiven Fortschritt wenigstens zu zügeln.

Nichts ist passiert. Alles ist bekannt. Nichts scheint erkannt. „Warum machen wir das, obwohl wir doch wissen, daß wir die Grundlage unserer Existenz zerstören?“ – diese Frage wird bisweilen noch gestellt, aber diese Frage wird nicht zum Bedürfnis der Aufklärung bewußtloser Verhältnisse entwickelt. Es scheint, als ob das, was ökonomisch und gesellschaftlich praktiziert wird, entweder wider besseres Wissen oder unwissentlich passiert. Daß die bestehende politisch-ökonomische Ordnung eine bewußtlose Ordnung ist, die durch Aufklärung bewußt und durch weltverändernde Praxis revolutioniert werden muß, damit Menschen mit Bewußtsein agieren, entzieht sich der Einsicht nicht nur der Aktivisten der FFF-Bewegung.

Jugendliche, Schüler, erheben ihre Stimme: Es muß etwas passieren, schnell! Man muß schnell etwas machen! Aber was? Die Forderung, für sich betrachtet, garantiert, daß nichts passiert. Die Veränderung der Gesellschaft ist weder etwas, was schnell möglich ist, noch handelt es sich um eine Frage der Sozialtechnik, um ein Machen – sondern um Praxis. – Die Antwort auf jene Frage ist einfach, wenn unterstellt wird, daß entweder deshalb nichts passiert, weil vorhandenes Wissen nicht zur Kenntnis genommen wird, oder deshalb, weil wider besseres Wissen nichts passiert. In beiden Fällen müssen sich weder die Individuen noch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern: das geforderte Wissen kann angeeignet und realisiert werden, ohne daß – wie bei Aufklärungsprozessen – die Identität der Einzelnen und der Gesellschaft sich ändert. Lösungen zur Vermeidung der weiteren Erderwärmung sind mithin auf der Grundlage des gesellschaftlichen Status Quo möglich: entweder privatistisch durch Vermeidung der Benutzung von Flugzeugen etwa oder durch Nutzung von Elektroautos oder durch einen geringeren Fleischkonsum. Oder Lösungen sind technisch möglich, etwa durch den Ausstieg aus der Verstromung von Kohle.

Wäre das Problem des Klimawandels aber durch ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse erzeugt, die sich bewußtlos durchsetzen, wäre eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse notwendig, die eine Versöhnung mit der Natur implizierte. Ein solches Interesse am Widerspruch und Widerstand ist aber weder bei FFF noch – selbstredend – bei den Regierungen vorhanden. Eine theoretische und praktische Kritik der neoliberalen Gesellschaft scheint tabuisiert.

So werden Vorschläge über Vorschläge vorgetragen, vereinzelt, unsystematisch, je nach Umfrage-Ergebnissen. – Widerstand gegen entsprechende Vorschläge und Regelungen regt sich nicht gegen FFF, aber schon bei den kleinsten Maßnahmen der Bundesregierung zur Senkung des CO₂-Ausstoßes: Landwirte protestieren, Vertreter der Unternehmens-Verbände sowieso. Die Ökonomie steht auf gegen die Ökologie, wie immer – obwohl das Problem der Erderwärmung doch alle trifft und alle das wissen müssen: daß etwas passieren muß. Aber was? Es bedarf keiner fundierten Kenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie um zu demonstrieren, daß der Abschied vom Wachstums-Imperativ der kapitalistischen Ökonomie eine große gesellschaftliche Krise zur Folge hätte: Verfall der Nationalökonomie, Unternehmens-Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, Armut, ... Es ist allzu plausibel: Die bestehende ökonomische Ordnung scheint unantastbar. Darin liegt der Widerstand gegen jeden gesellschaftlichen Widerspruch, der gegen gesellschaftliche Widersprüche erhoben wird. Jenen Widerstand gilt es zu begreifen – und praktisch zu überwinden.

Die Politiker der Partei *Die Grünen* in Deutschland, die zur neuen Volkspartei aufsteigt, fangen an zu begreifen, welche Erwartungen auf sie gerichtet sind – und daß sie an diesen Erwartungen nur scheitern können, weil Parteien oder Regierungen globale Probleme nicht lösen können. Es scheint nur eine mögliche Strategie zu geben: Vermeidung des Klimawandels, ohne die ökonomisch-gesellschaftliche Ordnung anzutasten – also entweder durch neue Technologien, oder durch privatistische Maßnahmen.

Der Aufstieg der Partei *Die Grünen* zur zweitstärksten Partei in Westdeutschland spiegelt sich im Abstieg der SPD zur nunmehr dritt- oder viertstärksten Partei und macht dadurch das Problem des Klimaprotests deutlich. Den *Grünen* wird, aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte, die größte Kompetenz im Bereich des Umweltschutzes zugeschrieben. Die Sozialdemokratie hingegen entstand aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und ist traditionell die Partei, die durch soziale Reformen soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen sucht. – Seit vielen Jahren aber müssen sozialdemokratische Parteien überall in Europa, auch in Lateinamerika, erfahren, daß die Zeit vorbei ist, in der gesellschaftliche Krisen politisiert werden konnten. Selbst die „Verlierer“ im neoliberalen Wettbewerbskampf wenden sich von sozialdemokratischen Parteien ab: Wer möchte schon zu den Verlierern gehören? Die Suche nach privatistischen Lösungen sozial atomisierter Krisen dominiert: Wer die Ursachen seiner ökonomischen und gesellschaftlichen Krisen bei sich selbst sucht, scheint auch den Weg aus der Krise durch eigenes Handeln finden zu können: durch Anpassung an die Verhältnisse, durch Konformismus. – In Deutschland sind die SPD ebenso wie Die Linke verwirrt: Die Bürger, für die diese Parteien einzutreten meinen, wählen sehr erheblich die Parteien des Konformismus, der Volks-Gemeinschaft: die Rechtspopulisten der *Alternative für Deutschland* (AfD). Überall, von Europa bis nach Nord- und Südamerika, steigen die Parteien des neoliberalen Rechtspopulismus zu Volksparteien auf und gelangen gar auf die Präsidenten- und Ministersessel: sie bestätigen die unpolitische Gemeinschaft des Volkes, indem sie soziale Krisen – nach dem Freund-Feind-Gegensatz – auf Fremde projizieren und an diesen bekämpfen. Das gilt auch für den Klimawandel – sofern Rechtspopulisten dessen Existenz überhaupt anerkennen. – Gegen eine Krise der Natur läßt

sich, in dieser gesellschaftlichen und politischen Lage, protestieren – solange gesellschaftliche Ursachen der Krise ausgeblendet bleiben, solange fundamentale Veränderungen der bürgerlichen Politik-Ökonomie nicht gefordert werden.

Auf der Ebene der Parteien zeichnet sich ein gesellschaftlicher Analphabetismus und Konformismus ab – ein Konformismus, der auch die *Fridays*-Bewegung kennzeichnet. Angeklagt wird die Krise der Natur – nicht die gesellschaftlichen, ökonomischen Ursachen. Die Protestierenden wenden sich an die Regierungen und Parteien – um von diesen wie von guten Vätern Lösungen zu erwarten, so daß sie sich selbst als inaktive Konsumenten der good governance phantasieren. Die Protestierenden unterstellen, es bedürfe nur der Anerkennung von Fakten der naturwissenschaftlichen Klimaforschung, um angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Die Bewegung erhebt einige ihrer Sprecherinnen, vor allem Greta Thunberg, in den Rang von Heiligen und Welt-Retterinnen, die den Weg weisen – sie individualisieren damit eine politische und gesellschaftliche Krise, die die Krise der Natur erst produziert. Im gesellschaftlichen Konformismus und in der Individualisierung politischer Probleme drückt sich ein gesellschaftlicher Autoritarismus der FFF-Bewegung aus. Wer gegen die Krise der Natur protestiert, ohne die ökonomischen Verhältnisse anzuprangern, die jener Krise zugrunde liegen, ist gesellschaftlich bewußtlos: Mitglied einer Masse ent-individualisierter Bürger, die sich nicht als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) wissen und sich daher als Individuen wähnen. Eine Massenbewegung ist eine atomisierte Bewegung: eine gesellschaftlich konformistische Bewegung. Weil sie gesellschaftliche Verhältnisse nicht substantiell kritisiert, ist sie gesellschaftlich harmlos – und wird deshalb hofiert und massenmedial vermarktet. Die Sprecherinnen steigen zu Medienstars auf – als ob sie Pop-Stars wären.

Dennoch sind die Massenmedien verstört. Vor kurzem noch galten Jugendliche als unpolitisch – und nun protestieren sie. Über Greta Thunberg wird stets berichtet, ihre Krankheit habe sie besonders sensibel gemacht für die Erfahrung des Klimawandels – als ob man krank sein müsse, um die Krisis erfahren zu können und um dagegen den Widerspruch zu erheben und Widerstand zu leisten – und sei es nur in der harmlosen Form des Fernbleibens vom Schulunterricht. Jedenfalls werden keine Barrikaden errichtet und Parlamente gestürmt. Der Widerstand der Jugendlichen trifft auf geringen Widerstand, überwiegend auf Sympathien bis hin zu Parlamenten und zuständigen Ministerien. Wenigstens diskutieren in Deutschland noch Bildungsminister, wie auf die Verletzung der Schulpflicht zu antworten ist – als stünde der Untergang der Kulturnation oder die Niederlage in der globalen Wissensgesellschaft bevor. Man ist sich nicht einig. Feuilletons feiern die Protest: sie seien ‚niedrigschwellig‘, jeder könne teilnehmen, und es gehe recht fröhlich zu – und nicht so freudlos, dogmatisch und aggressiv wie zu Zeiten der *Anti-AKW-Bewegung*. Die Klimaforscher schließen sich den Schülerinnen an: Endlich, nach Jahrzehnten, finden ihre Befunde und Warnungen Gehör.

Die Schüler der FFF-Bewegung scheinen offene Türen einzurennen – aber sie sind jetzt, seit August 2019, doch verstört, weil sie seit Monaten protestieren, ihr Protest auf viele Sympathien stößt, ohne daß indes irgend etwas sich geändert hätte. Greta Thunberg weist in Madrid (Dezember 2019) darauf hin, daß ein Schulstreik nicht endlos fortgesetzt werden kann. Die Frustrationstoleranz der Jugendlichen scheint gering. Aber sie bedenken nicht, daß zahllose gesellschaftliche Bewegungen schon seit Jahrzehnten gegen Umweltzerstörung und Klimawandel protestieren und dabei oft auf massive Gegengewalt herrschender Gruppen und Regierungen treffen. Sie bedenken nicht, daß die geforderten Veränderungen, sollten sie je eintreten, eine lange Zeit benötigen: Ge-

sellschaften lernen sehr langsam und widersetzen sich lange jedem emanzipatorischen Widerstand, bis dieser durch große Revolutionen den gesellschaftlichen, beharrenden Widerstand überwindet.

Man hätte es wissen müssen: Ein Widerstand, der keinen Widerstand hervorruft, ist keiner. Gesellschaftliche Revolten haben immer einen massiven gesellschaftlichen und politischen Widerstand hervorgerufen, nicht nur der Herrschenden. Gegen Revoltierende ist stets die Repressionsmacht des Staates oder herrschender Klassen aufgetreten. – Man könnte erinnern an die erbitterten Klassenkämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Durchsetzung des Acht-Stunden-Arbeitstages bedurfte eines jahrzehntelangen Kampfes der organisierten Arbeiterklasse und kostete ungezählte Menschenleben. An diese Erfahrungen könnte man sich erinnern – immerhin wird der 1. Mai noch als ‚Tag der Arbeit‘ gefeiert. – Man könnte erinnern an die Studentenproteste um 1967/68, als die BILD-Zeitung dazu aufrief, die Herstellung von Recht und Ordnung nicht nur der Polizei zu überlassen. Das Resultat waren die Schüsse auf *Benno Ohnesorg* und *Rudi Dutschke*. – Man könnte erinnern an die Kämpfe um die Atomkraftwerke von Wyhl und Brokdorf oder um die geplante Atommüll-Endlagerung in Gorleben, als die Protestierenden aus allen gesellschaftlichen Schichten sich Schlachten mit der Polizei liefern mußten, um ihren Widerspruch und Widerstand auszudrücken.

Wenn nun die bürgerliche Öffentlichkeit und selbst Minister die Schüler der FFF-Bewegung lobt und hofiert, weil sie auf das Offenkundige aufmerksam machen, dann liegt die Frage nahe: Warum ist bislang nichts passiert, obwohl doch alle wissen und anerkennen, daß es um eine Existenzfrage der Menschheit geht; obwohl doch alle die Frage des Klimawandels für absolut dringlich halten und Änderungen fordern? Also ist der Widerstand gesellschaftlich konform. Er ist konformistisch: Weil von den gesellschaftlichen, ökonomischen Ursachen des Klimawandels abstrahiert wird; weil das Verhältnis des Menschen zur Natur nicht als gesellschaftliches, sondern als technisches Verhältnis verstanden wird; weil der Klimawandel nicht politisch oder gesellschaftlich aufgefaßt, weil also nicht nach gesellschaftlichen Veränderungen gesucht wird – sondern nach technischen und privatistischen.

Die Zustimmung zur *Fridays for Future*-Bewegung, die Zustimmung zur Partei *Die Grünen* erfolgt unter der unausgesprochenen Voraussetzung, daß sich an den gesellschaftlichen, ökonomischen Verhältnissen nichts ändern soll und muß – daß es nur um privatistische und technische Maßnahmen gegen den Klimawandel geht, also etwa: um den Kauf und Verzehr von Produkten mit Öko-Siegel; um die Reduktion des Fleisch-Konsums; um den Umstieg auf das Fahrrad; um die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; um Wärmedämmungen der Häuser; um die Wiederaufforstung der Wälder; um den privaten Wasserverbrauch; um Müllvermeidung beim Warenkauf; um Müll-Trennung; um den Kauf von Produkten mit den Siegeln ‚aus ökologischer Produktion‘, aus ‚nachhaltiger Produktion‘, ‚fair-trade‘ ... Man reagiert, als ob die Produkte, durch die die Natur zerstört wird, schicksalhaft vorhanden sind und es nur darum geht, sich in der ungeheuren Warensammlung durchzulavieren, ohne der eigenen und äußeren Natur allzu großen Schaden zuzufügen.

Allein: Mit den privatistischen Aktionen darf es nicht allzu weit gehen. Wird von Ministerien ein Vorschlag zur Diskussion gestellt, etwa zum Bau einer Stromtrasse von der Nordsee nach Bayern oder zur Besteuerung von CO₂-Emissionen, regt sich sofort Widerstand. Die Reaktion stellt sich stets ein: Im Prinzip muß sich grundlegend etwas ändern – aber es darf mich nicht tangieren! Weitergehende Vorschläge werden ohnehin nicht erhoben mit der Begründung, der Staat dürfe den Bürgern ihre Lebensweise nicht vorschreiben. Die gesellschaftliche Vereinzelung ist, als neue Freiheit, sakrosankt.

Die kritische Beschreibung der FFF-Bewegung als einer gesellschaftlich konformistischen, unpolitischen Bewegung ist zunächst plausibel zu machen durch Verweis auf das – auf den Freitags-Demonstrationen manifestierte – Selbstverständnis der Protestierenden hingewiesen wird: daß sie betroffen sind vom Klimawandel und nun von den Mächtigen die Lösung ihrer Probleme erwarten – daß es Lösungen gibt, ohne die Verhältnisse strukturell zu verändern (3.). Der gesellschaftliche Konformismus der Bewegung wird sodann plausibel gemacht durch den Verweis auf das Ausbleiben von Massenprotesten gegen die weltgesellschaftliche Destruktivität: gegen Kriege, gegen absolute Armut (4.). Sodann wird der gesellschaftliche Analphabetismus von FFF in den Kontext von bedeutenden Berichten über die Naturzerstörung im allgemeinen, über den Klimawandel im besonderen gestellt – von Berichten, die kaum auf gesellschaftliche und ökonomische Ursachen der Naturzerstörung verweisen (5.). Endlich wird verwiesen auf die herrschenden Lösungsstrategien zur Milderung der Erderwärmung: Technik, Privatismus, Abschaffung der Natur (6.). Schließlich wird der gesellschaftliche Analphabetismus von FFF dargelegt als Ausdruck des neoliberalen gesellschaftlichen Irrationalismus: als eine neo-konservative Kritik (7.).

3. FFF: Konformistisch-individualistischer Widerstand ohne Kosmopolitismus und internationale Solidarität

Die kritische Beschreibung der FFF-Bewegung als einer gesellschaftlich bewußtlosen, konformistischen Bewegung läßt sich zunächst stützen durch den Verweis auf das Selbstverständnis, das die Teilnehmer der Demonstrationen artikulieren: ihnen würde die „Zukunft“ gestohlen. Die Jugendlichen phantasieren sich als Betroffene, und sie klagen die Rückgabe des Diebesguts ein. Keine Rede ist davon, daß die Verhältnisse grundlegend verändert werden müßten – nicht durch die Herrschenden, sondern durch die Jugendlichen selbst. Eine Revolte sieht anders aus, und sie träfe auf massiven Widerstand.

Der Konformismus der Kritik von FFF gegen die herrschende Klima-, allgemein gegen die Umweltpolitik läßt sich zunächst daran erkennen, daß sie erst erhoben wurde, als der ‚reiche Norden‘ von einer ökologischen Krisis betroffen wurde. Krisen, die in diesem ‚Norden‘ kaum zu verzeichnen sind, stoßen auf keinen nennenswerten solidarischen Widerstand. In den Zeiten des Neoliberalismus, des universalen Wettbewerbs, sind Grundwerte der europäisch-nordamerikanischen Zivilisation zur Konsequenz ihres Gegensatzes fortgeschritten. Eine Kritik, die den Imperativen der christlich begründeten Nächstenliebe, der klassisch-liberalen *sympátheia*, der sozialistischen Solidarität, der universalen Gerechtigkeit folgt, scheint verstellt. Eine Verletzung dieser Grundwerte ruft deshalb auch keine Massenproteste hervor – weder inner- noch international. Die *Logik der neoliberalen Ordnung, der gesellschaftliche Irrationalismus* (Hayek 1973: passim), enthält kein utopisch-vernünftiges Versprechen wie der klassische Liberalismus: er enthält unmittelbar nichts, worauf sich ein gesellschaftlicher Widerstand stützen könnte. Darin besteht die Ohnmacht, darauf gründet sich die öffentliche Anerkennung der FFF-Bewegung: der „freiwillige Konformismus“ (vgl. Hayek 1960: 78f.) des Protests.

In Deutschland skandieren die Teilnehmer der *Fridays for Future*-Aktionen: „Wir sind hier, wir sind laut – weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Die Formulierung von Slogans richtet sich selten nach einer bestimmten Erkenntnis, eher nach ihrer Eingängigkeit – aber darum spricht in ihnen das Unbewußte. Die Teilnehmer drücken mit diesem Slogan zunächst aus, daß es um sie selbst geht, nicht um

andere. Sie drücken zudem aus, daß Diebe im Rang von Präsidenten und Ministern mit Bewußtsein sich auf den Diebstahl der Zukunft anderer verlegt haben und dies also mit Bewußtsein korrigieren können – daß es also möglich ist, die Krise der Natur zu überwinden ohne substantielle gesellschaftliche Veränderungen.

Der Anlaß indes, der Klimawandel, war schon längst in anderen Weltregionen – an den Polen, in den Andenländern Südamerikas, in den vom Himalaya abhängigen Nationen, in den Ländern Afrikas südlich der Sahara – manifest. In diesen Weltregionen gibt es bereits seit Jahrzehnten Proteste gegen Umweltzerstörung und Klimawandel, weil insbesondere die Verdammten dieser Erde von der Krise der Natur besonders betroffen sind und ihren Widerstand gegen gesellschaftliche Ursachen der Krise richten. – In Europa und Nordamerika gab es jedoch kaum einen gesellschaftlichen solidarischen Widerstand, keine Bewegung der *sympátheia*, die Kants Imperativ gefolgt wäre: Wird einem Menschen Gewalt angetan, so wird mir, als Menschen, Gewalt angetan, und darum wird die „Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt“ (Werke XI: 216). Die gegenwärtige Krise der Natur wird von der FFF-Bewegung von allen gesellschaftlichen Zusammenhängen entkoppelt, sozial atomisiert und als technische Frage definiert. Die Bewegung vergißt durch ihren Individualismus systematisch grundlegende gesellschaftliche, moralische Werte, die einst die europäisch-nordamerikanische Zivilisation auszeichneten.

Analog klagen die FFF-Demonstrierenden die Symptome der globalen Naturzerstörung an, nicht die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen. Warum machen ‚die Menschen‘ das? Genauer: Das „Ihr“ im Slogan verweist auf eine Generation, die jetzt die politischen und ökonomischen Machtpositionen besetzt und auf Kosten der kommenden Generation, der heutigen Jugendlichen, lebt. Dann ist die Naturzerstörung das Produkt der bewußten Ausbeutung der kommenden durch die jetzt herrschende Generation. Aber diese herrschende Generation sind die Eltern der Jugendlichen – warum „klauen“ sie ihren Kindern die „Zukunft“? Ist die Naturzerstörung ein Generationen-Widerspruch? Wenn also die jetzt herrschende Generation angeklagt wird, so lautet die Forderung: Diejenigen, die die Erde und damit die kommende Generation ausbeuten, sollen endlich das, was sie zerstört haben, wieder in Ordnung bringen – es ist möglich, dies durch jetzt verfügbaren Maßnahmen zu realisieren. Das ist eine recht kindliche Phantasie: Die Kinder appellieren an die Einsicht der Mütter und Väter, damit diese den Kindern wieder eine intakte Erde übergeben. Aber eine neue, bessere Gesellschaft war in der Geschichte noch nie das Geschenk Herrschender an die Nachgeborenen: Diese haben den vernünftigen Zustand gegen Widerstände zu erkämpfen. „Wir sind laut“ und dem Unterricht fernbleiben ist noch kein Widerstand. Aber vielleicht der Anfang eines politischen Lernprozesses, in dem sich ein kritisches Bewußtsein von den gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt, das zu praktischer Kritik von bürgerlicher Gesellschaft und kapitalistischer Ökonomie drängt?

Ob ein politischer Lernprozess eingeleitet wird und sich entwickelt, läßt sich daran ermesen: ob die Protestierenden sich zu einem solidarischen Protest gegen Krisen bilden, von denen sie nicht unmittelbar betroffen sind; ob sie substantielle Erkenntnisse über die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen der globalen Naturzerstörung erlangen; ob sie ihren Widerstand begreifen als Entwicklung einer neuen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die „vernünftig“ heißen kann, weil in ihr die „Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ (Engels, MEW 1: 505, 509) verwirklicht ist. Eine solche gesellschaftliche Vernunft müßte im Protest aufscheinen – sonst regrediert der Widerspruch auf einen Konformismus.

4. Gesellschaftlich destruktive Widersprüche – ohne Widerspruch, ohne Widerstand

Die kritische Beschreibung der FFF-Bewegung als einer gesellschaftlich bewußtlosen, konformistischen Bewegung läßt sich sodann negativ stützen durch den Verweis auf das Ausbleiben eines Massenprotests gegen die weltgesellschaftliche und weltökonomische Destruktivität: gegen Kriege, gegen den „ökonomischen Völkermord“ (A. G. Frank).

Bislang hat der Protest der *Fridays for Future*-Bewegung sich nicht zu einem solidarischen Protest erhoben, sondern verbleibt auf der Ebene eines Ausrufs von Jugendlichen, denen es um ihre eigene Sache geht – es ist, noch, eine ungesellschaftliche Bewegung, ohne altruistische, solidarische Motive. Thematisiert wird eine globale Krisis der Natur, durch Vereinzelte, die als Vereinzelte von Krisen-Symptomen unmittelbar betroffen sind. Die gesellschaftliche Destruktivität, so scheint es, wird als so komplex aufgefaßt, daß ihre Auswirkungen nur wie ein Schicksal hingenommen werden müssen, also unüberwindbar sind. *Die Neue Unübersichtlichkeit* (Habermas 1985) hält die theoretische und praktische Kritik in ihrem Bann.

4.1 Kaum ein Protest erhebt gegen sich die zahllosen weltweit geführten Kriege: Kriege zwischen Staaten und Staaten-Koalitionen, Guerilla- und Partisanen-Kriege, Bürgerkriege, Kriege von Staaten gegen kriminelle Banden und Organisationen, ‚Kalte Kriege‘. Kaum ein Protest erhebt sich gegen die Kriegs-Ursachen: den Kampf um politische Macht; den Kampf um ökonomischen Reichtum; den ‚Kampf der Kulturen‘ um die Bewahrung kollektiver Identitäten; den Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte; den Kampf um Land; den Kampf um Natur-Ressourcen; den Kampf um Wasser.

Nach Zählung der *Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachen-Forschung* wurden von 1945 bis 2007 weltweit 238 Kriege der verschiedensten Formen geführt; dabei starben, je nach Zählung, 27 bis mehr als 40 Millionen Menschen. Das *Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung* hat im Jahre 2013 414 Konflikte gezählt; davon waren 45 hochgewaltsame Konflikte mit massivem Einsatz organisierter Gewalt und gravierenden gesellschaftlichen Folgen; 20 Konflikte wurden als Kriege eingestuft. Zwar rücken die Kriege immer näher an das Europa der EU: die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten, in Afrika. Aber noch ist das EU-Europa von diesen Kriegen nur mittelbar betroffen: durch die Massenflucht aus jenen Kriegs- und Elendsregionen über das Mittelmeer nach Europa.

Deshalb erhebt sich im neoliberalen EU-Europa und in Nordamerika kaum ein Protest gegen diese Kriege und gegen die EU-Flüchtlings-Politik auf dem Mittelmeer. Die traditionellen Ostermärsche in Deutschland zählen jedes Jahr weniger als 10.000 Teilnehmer. Die Friedensbewegung um 1983 hat keine Erben gefunden. Die Hilfs-Aktionen kleiner Organisationen auf dem Mittelmeer, die ‚Willkommenskultur‘ in Deutschland angesichts der nach Hunderttausenden zählenden Flüchtlinge, war allenfalls eine indirekte Kritik, vor allem aber eine auf Philantropie beruhende Hilfe für Menschen in Not: Die Hilfe wurde gewährt, ohne daß die Helfenden die Verhältnisse substantiell verändern, ohne daß sie den eigenen Reichtum mit der Folge eines Verzichts auf Reichtum teilen müßten. Die Hilfe manifestierte sich nicht gegen die Flüchtlingspolitik der EU, nicht gegen die Politik der ‚Festung Europa‘, nicht gegen die Einwanderungs-Politik in Deutschland.

Die Vermutung bietet sich an: Die Bürger in Nordamerika und im EU-Europa sind von diesen Kriegen weitgehend nicht betroffen – und protestieren nur dann, wenn sie individuell betroffen sind. Die altehrwürdige Utopie der *sympátheia* des kosmopolitischen Liberalismus scheint im Sozialatomismus verloren. Die Notwendigkeit, daß Menschen einen Widerspruch erheben und Widerstand nur dann leisten, wenn sie selbst betroffen sind, indiziert eine in Atome zersplitterte Gesellschaft, in der die Individualität verloren ist, weil die Einzelnen sich nicht als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) begreifen können und deshalb ebenso vereinzelt wie Massen-Subjekte sind. Der Betroffenheits-Protest läßt alles, wie es ist: insofern ist er den rechtspopulistischen Reaktionsweisen wahlverwandt.

Betroffen sind die Bürger allerdings von der einen Folge der Kriege: der Massenflucht von Menschen aus Süd- und Zentralamerika nach Nord-Amerika, der Massenflucht von Menschen aus dem Nahen Osten und aus Afrika in das Europa der Europäischen Union. Weltweit sind etwa 70 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen etwa zwei Drittel als Binnen-Flüchtlinge gelten. Immer mehr Flüchtlinge fliehen nicht bloß vor der unmittelbaren Gewalt der Kriege, sondern schon vor den Ursachen der Kriege: vor allem vor dem Elend, in dem sie lebten; vor extrem ungleicher Verteilung von Agrarland; vor Dürre oder Überschwemmungen. Kriege und Fluchtbewegungen in und zwischen Staaten haben zunehmend ihre Ursache in der globalen Naturzerstörung.

Die „Versöhnung der Menschheit mit sich selbst“ gelingt nur durch ihre „Versöhnung mit der Natur“; die „Versöhnung mit der Natur“ gelingt nur durch die „Versöhnung der Menschheit mit sich selbst“ (Engels, MEW 1: 505). Daß Freiheit auf Naturbeherrschung beruht, war die Idee des klassischen Liberalismus um 1800. Daß die „wahre menschliche Freiheit“ identisch ist mit „der Beherrschung der Natur in und außer uns“ (Horkheimer, GS 3: 157), war die Idee des Sozialismus bis 1933 – und auch danach. Proteste, die die „Resurrektion der Natur“ (Marx, MEW 40: 538) von der gesellschaftlichen Emanzipation entkoppeln, weil in ihnen keine internationale Solidarität aufscheint, sind ohnmächtig: gesellschaftlich konformistisch.

Gegen die internationale Migration erhebt sich vor allem ein Widerstand: der Protest von Rassisten, denen die Fremden Feinde sind – die „konformistische Revolte“ der Völkischen. Und nicht nur der Völkischen, sondern auch der EU-Regierungen, die offenbar die Strategie verfolgen, das Massensterben auf dem Mittelmeer zu instrumentalisieren, um Menschen von den Flucht über das Mittelmeer abzuhalten. Der „konformistische Protest“ ist der Protest von Atomisierten, die Bürger nicht einer kosmopolitischen Gesellschaft, sondern einer Volks-Gemeinschaft sind, die sich ihre Einheit bestätigt im ideologischen, praktischen Haß gegen Fremde. Die Volks-Gemeinschaft negiert Nächstenliebe, Kosmopolitismus, Solidarität, Gerechtigkeit – jede universalistische Vernunft-Moral, die eine universalistische Praxis fordert.

4.2 Kaum ein Protest erhebt sich gegen das weltweite Massenelend. Nach UN-Statistiken leben gegenwärtig fast 1 Milliarde Menschen in absoluter, lebensbedrohender Armut und fast die Hälfte der Weltbevölkerung in relativer Armut. Mehr als 300 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und können täglich höchstens 5 Liter Wasser konsumieren. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu einer intakten Kanalisation. Ähnlich ist es bestellt um die Müll-Entsorgung – vielmehr exportieren die reichen Länder ihren Wohlstandsmüll in die Länder des Massenelends, wo Elektroschrott von Halbverhungerten ausgeplündert und zerkleinert wird. Dieses Elend ist, neben den Kriegen, die andere Ursache der weltweiten Fluchtbewegungen. Die Ursachen dieses Elends gehören zur Konstellation der globalen, gesellschaftlich und ökonomisch

durchgesetzten Zerstörung der Natur: in diesen Ursachen koinzidiert die gesellschaftliche Destruktivität mit der Destruktion der Natur.

Dennoch erhebt sich im EU-Europa und in Nordamerika kaum ein Protest gegen dieses weltweite Elend von mehreren hundert Millionen Menschen – obwohl in jedem deutschen Supermarkt und in jedem deutschen Bekleidungs- und Schuhgeschäft das Arbeitsprodukt Verelendeter als Ware angeboten und gekauft wird, mit Angabe des Landes, in dem die Ware produziert wurde. Die Produktionsverhältnisse in Indien, Bangladesh, Vietnam, China, Kenia, Südafrika, Peru oder Brasilien sind allgemein bekannt. Die Bekleidungs- und Schuh-Unternehmen, die diese Ausbeutung realisieren, sind bekannt. Die Hilfsaktionen, das Spendenaufkommen bei Spendenaufrufen von Hilfsorganisationen bei Flut- oder Dürre-,Katastrophen' ist beeindruckend – aber auch diese Hilfe ist philanthropisch und setzt sich nicht um in Massenproteste gegen globale Ausbeutungsverhältnisse. Man kauft Produkte, auf denen die Label der Nachhaltigkeit und des Fair-Trade kleben; man kauft eben nicht bei ‚Kick' – die Reaktion ist privatistisch.

Wiederum bietet sich die Vermutung an: Die Bürger in Nordamerika und im EU-Europa sind von Verelendungsprozessen weitgehend nicht betroffen – und protestieren nur dann, wenn sie individuell betroffen sind, auf individualistische, sozialatomistische Weise, die das Ganze nicht tangiert. Sie sind auf der Suche nach dem richtigen Leben im falschen. Das ist nicht bloß dem neoliberalen gesellschaftlichen Irrationalismus geschuldet: Die Selbsterkenntnis ist die schwerste Erkenntnis, die analoge Selbstveränderung als Moment der Veränderung der Umstände ist eine uralte Vernunft-Utopie.

Betroffen sind die Bürger allenfalls von relativer Armut – oder der drohenden relativen Verarmung. Dagegen erhebt sich ein Protest, der in Deutschland die Linkspartei, auch die Sozialdemokratie, in Erstaunen versetzt: Die Arbeitslosen, Wohnungslosen und prekär Beschäftigten wenden sich den Rechtspopulisten zu und wählen nicht jene Parteien, die beanspruchen, Maßnahmen zugunsten der in soziale Deprivation Gefallenen oder der von sozialer Deprivation Bedrohten zu entwerfen und einzuleiten. Die Verarmten suchen eine Perspektive nicht in politisch-ökonomischer Solidarität, noch in sozialer Gerechtigkeit, sie suchen ihr Heil im Konformismus. Sie suchen individualisierende Krisenerklärungen, die scheinbar individuelle Wege aus dem eigenen Unglück anbieten und nicht auf gesellschaftliche, scheinbar also aussichtslose Veränderungen verweisen. So wenden sich die Arbeitslosen, die Prekarisierten oftmals den Völkischen zu. Der Protest der Betroffenen ist wiederum – konformistisch, und spiegelbildlich: xenophob,

5. Dokumentationen der Naturzerstörung und des Klimawandels - Ursachenforschung in der Natur, nicht in der Gesellschaft

Die kritische Beschreibung der FFF-Bewegung als einer gesellschaftlich bewußtlosen, konformistischen Bewegung, die auf die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Klimaforschung verweist und sich der Unterstützung prominenter Klimaforscher sicher ist, ist keine individualisierende und abstrakte, sondern eine Kritik, die die den Konformismus aus den Verhältnissen erklärt. Das kann zunächst geleistet werden durch den Verweis auf bedeutende, seit 1972 vorliegende Berichte über die Naturzerstörung im allgemeinen, über den Klimawandel im besonderen. Diese Berichte drücken einen erheblichen Fortschritt an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen über den Klimawandel aus

– und liefern zugleich den Beleg, daß auf dem zugrundeliegenden Gebiet der gesellschaftlichen Ursachen weitgehend ein Analphabetismus und Konformismus herrscht. Lösungen scheinen auf naturwissenschaftlich-technische Weise möglich; gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen – Revolutionierungen – werden dagegen allenfalls abstrakt in Erwägung gezogen.

Diesem Gegensatz von naturwissenschaftlicher Einsicht und gesellschaftlichem Analphabetismus entspricht ein Protest, der sich gegen die globale Naturzerstörung erhebt, ohne sich solidarisch gegen Krisen zu richten, von denen die Protestierenden nicht unmittelbar betroffen sind. Ein solcher Protest entbehrt der Erfahrung gesellschaftlicher Zusammenhänge: gesellschaftlicher Verhältnisse – und ist daher gesellschaftlich konformistisch.

Der Spiegel dieses Mangels an gesellschaftlicher Solidarität ist die Erfahrung des destruktiven Fortschritts auf der Ebene zusammenhangloser Symptome. Der atomistische Protest erscheint als ein Protest ohne die Möglichkeit der Erkenntnis gesellschaftlicher und ökonomischer Ursachen der globalen Naturzerstörung: Erklärungen oder Aufklärungen erst formulieren Zusammenhänge – Kausalitäten, Analogien, Widersprüche – zwischen isolierten Fakten. Das Hoffnungslose am Stand der Erfahrung der universellen Natur-Zerstörung, an den Ideen zur Vermeidung des Klima-Wandels, ist der Stand der Erkenntnis gesellschaftlicher und ökonomischer Ursachen dieses destruktiven Fortschritts. Seit etwa 1970 konkurrieren zwei Erklärungen: Auf der einen Seite gilt der ökonomisch-technische Fortschritt, auf der andere Seite die Überbevölkerung und das Bevölkerungswachstum vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika als Ursache. Beide Erklärungen abstrahieren von gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen: die eine Erklärung schiebt die Ursache der Technik zu, die andere anthropologischen Strukturen. Die Bewegung Fridays for Future verweist bislang auf keine Ursachen. Die Grünen träumen den konformistischen Traum einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft: als ob es sich um Korrekturen des Bestehenden handelte, die eben regierungspolitisch und privatistisch auszuführen seien.

5.1 Die klassische Darstellung der Entwicklungstendenzen der globalen Naturzerstörung und ihrer Ursachen hat im Jahre 1972 der *Club of Rome* geliefert: *Die Grenzen des Wachstums*. Der Bericht des *Club of Rome zur Lage der Menschheit* (Meadows et al. 1973). Der *Club* war, nach der Selbstbeschreibung (ebd. 9), „ein informeller Zusammenschluß von gegenwärtig etwa 70 Mitgliedern (Wissenschaftler der verschiedensten Provenienz, Industrieller, Wirtschaftler, Humanisten) aus 25 über die ganze Erde verteilten Staaten“, der versuchte, durch den vorgelegten Bericht über die „Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme“ aufzuklären.

Der Kontext und die Fragestellung des Berichts sind eindeutig. Im Jahre 1972 beginnt der Zusammenbruch der Nachkriegs-Weltwirtschaftsordnung: Das in Ländern wie der BRD gefeierte ‚Wirtschaftswunder‘ erodiert: die durchschnittliche Rate wirtschaftlichen Wachstums beträgt in der BRD in den Zeiträumen von 1950-54 = 8,67%, 1967-71 = 4,66%, 1971-75 = 2,22% – mit weiter fallender Tendenz. 1975 erreicht das Wachstum des Welt-BIP nur noch 1,73% – eine globale Krisis. Parallel verfällt der Anteil der Industrieproduktion am BIP, während der tertiäre Sektor global zum führenden Wirtschafts-Sektor aufsteigt. 1971-73 muß die Weltwährungs- und Weltwirtschaftsordnung von Bretton-Woods aufgekündigt werden. Also, so schien es um 1972, müßte dieser Verfall des Wachstums gestoppt, müßte ein weiter hohes Niveau wirtschaftlichen Wachstum erreicht werden durch den Einsatz neuer Technologien.

Gegen diesen Imperativ der Bewahrung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums zur Vermeidung oder zur Überwindung von Wirtschaftskrisen wendet sich der Bericht des Club of Rome. Die Argumentation ist einfach.

Die „Ursache“ der „kritischen Menschheitsprobleme“ sei das „exponentielle Wachstum“ der „Industrie“ oder des „Kapitals“ einerseits, der Weltbevölkerung andererseits. – Exponentiell ist ein „Wachstum“, wenn ein Ausgangswert prozentual zunimmt, so daß bei einem immer größeren nominalen Ausgangswert ein immer größerer Neuwert notwendig ist, um das Verhältnis von Ausgangs- und Neuwert konstant zu halten. Der Ausgangswert verdoppelt sich in einer Zeit nach der Formel: 70 geteilt durch Wachstumsrate; bei einem Wachstum von 3% verdoppelt sich also der Ausgangswert in 23,3 Jahren. Insofern ist das Telos exponentiellen Wachstums eine Steigerung des Ausgangswerts ad infinitum: Unendlichkeit. Bei linearem Wachstum nehmen die Ausgangswerte um immer denselben Betrag zu, so daß die Rate des Wachstums verfällt (Meadows et al. 1973: 18-25). – Im Bereich der bürgerlichen Ökonomie, der ‚Marktwirtschaft‘ ist der Imperativ exponentiellen Wachstums anerkannt (ebd. 30-35): in der Phase wirtschaftlichen Aufschwungs nehmen die Raten wirtschaftlichen Wachstums zu; in der Hochkonjunktur sind sie konstant; im Abschwung verfallen sie; in der Depression sind sie am Tiefpunkt angelangt; ad infinitum. Für reiche Gesellschaften ist, nach der Logik exponentiellen Wachstums, eine zunehmend niedrige Wachstumsrate typisch. – Im Bereich der Bevölkerungsentwicklung hatte Thomas R. Malthus zuerst das Bevölkerungsgesetz (1798) aufgestellt: Die Bevölkerung wachse, „wenn keine Hemmnisse auftreten, in geometrischer Reihe an“, also exponentiell (ebd. 18). Der Club (1973: 26-30) folgt dieser Annahme.

Die Folgen exponentiellen Wachstums der „Industrie“ und der Weltbevölkerung sind einfach einsehbar. – Für den Fortschritt der Industrie gilt: Bei exponentiellem Wachstum werden exponentiell steigende Mengen an Energie und Rohstoffen verbraucht (ebd. 45-57, 118-120), während eine exponentiell steigende Menge an Schadstoffen wie CO₂ oder radioaktiver Abfall (ebd. 57-69) ausgestoßen wird. – Für die Entwicklung der Weltbevölkerung gilt: Bei exponentiellem Wachstum wird eine exponentiell steigende Menge an Nahrungsmitteln benötigt (ebd. 37-45, 128), also eine exponentiell steigende Agrarfläche.

Der Widerspruch dieser Entwicklungen ist plausibel: Das exponentielle Wachstum in den Bereichen des Energie- und Rohstoffverbrauchs, des Schadstoffausstoßes und der Nachfrage nach Nahrungsmitteln tendiert gegen ‚unendlich‘, aber die Erde ist endlich (ebd. 73f.). Also gilt es, den Imperativ exponentiellen Wachstums aufzugeben. Der Club betont: Auch neue Techniken können das Ende der Entwicklungen des exponentiellen Wachstums allenfalls um Jahrzehnte verschieben – aber neue Techniken können die Endlichkeit der Erde – die Endlichkeit der Energie- und Rohstoffvorkommen, die Endlichkeit der Nahrungsmittel-Produktion, die Endlichkeit der Schadstoff-Absorption – nicht stoppen (ebd. 131-136). Also, lautet das Resultat des Berichts, wird das doppelte exponentielle Wachstum von Industrie und Weltbevölkerung zur Selbstzerstörung der Menschheit, zur Zerstörung der Erde um die Jahre 2050 / 2100 führen – unter sonst gleichbleibenden strukturellen Umständen, aber unter Berücksichtigung der Entdeckung von neuen Rohstoffquellen, von neuen Möglichkeiten der Schadstoff-Vermeidung und von neuen Techniken zur Steigerung der Agrarproduktion

Der Bericht wurde in hohen Auflagen gedruckt, viel gelesen, erregte erhebliche Aufmerksamkeit – blieb aber politisch relativ folgenlos. Einen Massenprotest in Europa und Nordamerika hat er nicht ausgelöst. Die gegenwärtigen Probleme der Natur-Zerstörung sind mithin seit etwa 50 Jahren be-

kannt. Die Prognosen sind bekannt. Die Auswirkungen sind bekannt. Über die Ursachen gibt es seither beide Überzeugungen: die „kritischen Menschheitsprobleme“ bestünden im exponentiellen Wachstum entweder der Industrie oder der Weltbevölkerung – oder in beidem: wirtschaftliche Überproduktion und Überkonsumtion sowie Überbevölkerung.

5.2 Im Jahre 1980 legte die US-Administration – das Außenministerium; der *Council on Environmental Quality* – einen Bericht unter dem Titel *Global 2000. Report to the President* (Frankfurt a.M. 1980) vor.

Wiederum sind der Kontext und die Fragestellung des Berichts eindeutig. Auf die globale ökonomische Krisis von 1975 folgt 1981 eine neue, noch tiefere: Das Welt-BIP stieg nur noch um 0,9%. In den Staaten des kapitalistischen Fortschritts nehmen allgemein die Raten des Wirtschaftswachstums deutlich ab, die öffentliche Verschuldung zu, die Arbeitslosen-Quoten steigen erheblich an und mit ihnen die relative Armut erheblicher Teile der Bevölkerung. Eine neue Ordnung soll nunmehr die Krisis überwinden und den Verfall des Wirtschaftswachstums beenden: der Neoliberalismus, die „spontane Ordnung“ des Wettbewerbs – die Reduktion des Sozialstaates, des sozialstaatlich alimentierten Konsums, die Reduktion gewerkschaftlicher Gegenmacht, die Privatisierung staatlicher Unternehmen.

Der Gegenstand des Berichts an den US-Präsidenten ist derselbe wie der des *Club of Rome*, die Befunde war sehr ähnlich. Aber dieser Bericht ist weitaus umfangreicher und detaillierter als jener des *Club* von 1972. – Untersucht wurden die voraussieharen Entwicklungen in den Bereichen der Weltbevölkerung, der Ressourcen und der Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die „Umwelt“: Landwirtschaft, Wasser, Wald, Atmosphäre und Klima, Pflanzen- und Tierarten. – Die Voraussetzungen der Modellrechnungen sind: die bestehende Wirtschaftsordnung; die bestehende Verteilung des Reichtums der Nationen. – Die Konsequenzen der prognostizierten Entwicklungen unter den gegebenen politisch-ökonomischen Verhältnissen werden als dramatisch und „alarmierend“ bezeichnet – für die „ärmsten Länder der Erde“ (vgl. ebd. 19-33): „Für Millionen und Abermillionen der Allerärmsten wird sich die Aussicht auf Nahrungsmittel und andere Lebensnotwendigkeiten ... verschlechtern“ (ebd. 25); „die Kluft zwischen reichen und armen Nationen wird sich weiter vertiefen“ (ebd. 26); der Hauptteil der zunehmenden Produktion und des steigenden Konsums von Nahrungsmitteln entfällt auf die reichen Länder (ebd. 26); „jenes Viertel der Weltbevölkerung, das in den Industrienationen lebt, wird weiterhin drei Viertel der Weltproduktion an mineralischen Rohstoffen verbrauchen“ (ebd. 27); bis zum Jahre 2000 seien absehbar: das Verschwinden von „40% der heute noch vorhandenen Walddecke“; „Erosion, Verlust an organischen Stoffen, Wüstenausbreitung, Versalzung, Alkalisierung und Versumpfung“ von Böden; „Konzentration von Kohlendioxid und ozonabbauenden Chemikalien in der Atmosphäre“, so daß sich „das Klima auf der Erde“ und in der „oberen Atmosphäre bis zum Jahre 2050 entscheidend verändert.“ (ebd. 28).

Da der Bericht an den Präsidenten die bestehenden Produktions- und Verteilungsverhältnisse in der Weltökonomie voraussetzt, folgt er dem Bericht des *Club of Rome* nicht: Zur Kritik steht nicht das exponentielle Wachstum der bürgerlichen Ökonomie – sondern die „gegenwärtigen und prognostizierten Wachstumsraten“ der „Weltbevölkerung“ (ebd. 29). Also müßten die Vereinigten Staaten als „stärkste Wirtschaftsmacht der Erde“ die „Führung“ übernehmen, um die „weltweiten Entwicklungstrends“ zu stoppen durch die „Stabilisierung der Bevölkerung“ und durch die „Steigerung der Produktivität von Wirtschaft und Umwelt“ (ebd. 31): Der Schlüssel zur Lösung des Problems der globalen Naturzerstörung mit ihren dramatischen gesellschaftlichen Folgen scheint in der Steige-

rung der Produktivkräfte in den hochentwickelten Ländern einerseits, vor allem aber in der Bevölkerungspolitik in den unterentwickelten Ländern andererseits (siehe ebd. 34-50, 143-189, 493-538) zu liegen. Kurz: Die „Umweltproblematik“ hat ihre überragende Ursache im „Bevölkerungsdruck“ (ebd. 19), im „Wachstum der Weltbevölkerung“, das zu „90% ... auf die ärmsten Länder der Erde“ fällt (ebd. 26). Dieses Wachstum gilt es zu stoppen – nicht das exponentielle Wachstum der Ökonomie.

Ökonomisch muß sich, nach den Beschreibungen und Analysen von *Global 2000*, nichts ändern: Es muß sich nichts ändern an der Weltwirtschafts-Ordnung; es muß sich nichts ändern am Imperativ der exponentiellen Steigerung der Weltproduktion; es muß sich nichts ändern an der exponentiellen Steigerung des Weltkonsums; es muß sich nichts ändern an der Verteilung des weltweit produzierten und konsumierten Reichtums. Ändern muß sich: das exponentielle Bevölkerungswachstum in den ärmsten Regionen der Erde mit ihren destruktiven Folgen für die „Umwelt“; gesteigert werden muß der technische Fortschritt als Basis steigender Produktivität.

Auch dieser Bericht wurde viel gelesen – und löste sowenig Massenproteste in Europa und Nordamerika aus wie der Bericht des *Club of Rome*, obwohl er die Bevölkerungstheorie von Malthus aktualisierte und unzweideutig aufrief nicht nur zur Geburtenkontrolle in Afrika, Asien und Lateinamerika (vgl. Meadows et al. 1973: 124ff.), sondern auch den von Milton Friedman und Friedrich August von Hayek in Chile propagierten und implementierten „ökonomischen Völkermord“ (A.G. Frank) rechtfertigte.

5.3 In der Folge jenes *Report to the President* (1980) haben die folgenden Analysen aus dem Umkreis der *United Nations* über die globale Naturzerstörung zunehmend die Ursache der Destruktivität im Bevölkerungsgesetz erkannt. Das gilt zunächst für den im Jahre 2000 von der Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development) publizierten *Weltentwicklungsbericht 1999/2000*: den symbolträchtigen *Milleniumsbericht*.

Erneut sind der Kontext und die Fragestellung des Berichts eindeutig. Nach der scheinbar durch eine neoliberale Anpassungs-Politik überwundenen Schuldenkrise der Entwicklungsländer Lateinamerikas, Asiens und Afrikas sowie nach dem Zusammenbruch der Länder des autoritären Staatssozialismus ist die Welt nun politisch-ökonomisch: eine Welt. Überall, so scheint es den neoliberal gesonnenen Ökonomen und Politikern, machen sich die Menschen nun auf zu neuen Ufern: Es beginnt ein Kampf um die Anteile an der Welt-Produktion und Welt-Konsumtion. In diesem Kontext erscheint die Aussicht auf eine erhebliche Steigerung des Welt-BIP: auf ein global ungebremstes exponentielles Wachstum des *Wealth of Nations*.

Da der Neoliberalismus sich faktisch als Weltwirtschaftsordnung – ‚Globalisierung‘ – durchgesetzt hat und nunmehr alle Versuche einer staatssozialistischen Wirtschaftsplanung oder eines *Dritten Weges* obsolet sind, kann es für die *Weltbank* (2000) nur eine Möglichkeit geben: Einerseits wird die „Globalisierung“ als eine von schicksalhaften „Kräften“ gelenkte Ordnung gefeiert, die „nie dagewesene Wachstums- und Entwicklungschancen“ eröffnet; es gibt keine Alternative. Andererseits verweist die Welt-Entwicklungsbank auf die „drängendsten Probleme“ der „Welt“ des 21. Jahrhunderts: „Armut, Bevölkerungswachstum, Ernährungssicherheit, Wasserknappheit, Klimaveränderung, Schutz der Kultur“ (ebd. iii, iv). Nicht das exponentielle Wirtschaftswachstum kann nun als Ursache jener „drängendsten Probleme“ bestimmt werden, sondern die andere vom *Club of Rome*

sowie von der US-Administration bezeichnete Entwicklung: das exponentielle Bevölkerungswachstum vor allem in den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.

Der *Milleniumsbericht* der Weltbank behandelt zwei zentrale Erscheinungen der globalen Naturzerstörung mit ihren Ursachen und Folgen: die Zerstörung der Ozonschicht der Erde; die globalen „Klimaveränderungen“.

Die „Sorgen um den Abbau der Ozonschicht“, konstatiert die Weltbank (2000: 114-117), gehören „dank des *Montrealer Protokolls* und der nachfolgenden Abkommen größtenteils der Vergangenheit an“. – Nachdem im Winter 1985 erstmals das Ozonloch über dem Südpol entdeckt wurde, wurde als Ursache der Ausstoß von FCKWs (Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoffe) vermutet. Das *Montrealer Protokoll* von 1987 verbot deshalb den Handel mit FCKWs und unterstützte die Entwicklungsländer bei der Umstellung auf Ersatzstoffe. Eine Diagnose der ökonomischen Ursachen der Produktion und Verarbeitung von FCKWs wurde nicht versucht; die Erklärung beschränkte sich auf einen Naturprozeß. – Warum nun bei der Überwindung der Ozonschicht-Zerstörung ein „großer Erfolg“ erzielt werden konnte, gibt die Weltbank an: einerseits seien die reichen Staaten der OECD vom Abbau der Ozonschicht betroffen; andererseits seien die Kosten zur Reduktion von FCKWs „relativ gering“ gewesen. Das Problem konnte also gelöst werden, ohne die Weltwirtschaftsordnung in Frage zu stellen; es wurde gelöst, weil die Staaten des kapitalistischen Fortschritts besonders betroffen waren.

Bei den globalen Klimaveränderungen (Weltbank 2000: 49-51, 105-127) verhält es sich, nach Auskunft der Weltbank im Jahre 2000, anders. Die naturwissenschaftlich zu konstatierende Ursache scheint bekannt: es ist der Ausstoß von Kohlendioxyd (CO₂) aus Autos, Kohlekraftwerken und Fabriken. Aber im Jahre 2000 gilt: CO₂ wird vor allem durch die reichen Länder der Nordhalbkugel der Erde in die Atmosphäre ausgestoßen, aber sie sind von den Klimaveränderungen nicht betroffen – die Betroffenen sind die Entwicklungsländer auf der südlichen Halbkugel. Zudem gilt: Es gibt im Jahre 2000 scheinbar keine verfügbaren und vor allem keine kostengünstigen Techniken zur Vermeidung des CO₂-Ausstoßes. Die Weltbank warnt freilich: Sollte sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gegenüber dem Jahre 1800 verdoppeln, würde sich die Atmosphäre bis zum Ende des 21. Jahrhunderts um +2 bis +4,5 Grad Celsius erwärmen – mit dramatischen Folgen für die Meerestemperaturen, den Anstieg des Meeresspiegels, das Abschmelzen von Schnee und Eis an den Polen und den Gletschern, das Artensterben, die Austrocknung und Versalzung der Böden mit Folgen für die Nahrungsmittelproduktion, das Absterben der Wälder, usf. Von diesen Folgen wären auch die OECD-Staaten betroffen.

Nun kann, in den Jahren der Durchsetzung des Neoliberalismus zur Weltwirtschaftsordnung der ‚Globalisierung‘, eine politisch-ökonomische Ursache der globalen Natur-Zerstörung nicht benannt werden: weil die Ordnung der neuen Freiheit – nach der neoliberalen Theorie – gesellschaftlich irrational, darum geschichtlich erinnerungslos und ohne eine vernunftgegründete Aussicht auf eine neue Gesellschaft ist. Weil eine andere, krisenfreie Ordnung nicht erkennbar ist, entfällt die bestehende Ordnung als Ursache der Naturzerstörung. – So scheint die Vermeidung der Folgen, im Jahre 2000: mit ungeheuren Kosten verbunden; technisch schwierig; nur auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse möglich. Der eine Ausweg ist einzig über technologische Innovationen möglich, die den ökonomischen Wachstumsprozess unabhängig machen von der Natur (siehe: UNDP 1999: 67ff.).

Aber die Weltbank bezeichnet, im *Milleniumsbericht* (2000), doch eine gesellschaftliche Ursache des globalen Klimawandels: das hohe „Bevölkerungswachstum“ in Afrika, Lateinamerika und Asien – die „Überbevölkerung“ (ebd. 45-51). – Die Weltbank gibt zwar zu, daß der westeuropäische und nordamerikanische Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert für hohe CO₂-Emissionen verantwortlich war; daß auch gegenwärtig (im Jahre 2000) 60% dieser Emissionen auf die „Industrieländer entfallen, allein 25% auf die USA. Aufgrund des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern werden diese einen immer größeren Anteil der CO₂-Emissionen verantworten; China werde im Jahre 2015 die USA schon überholen – allerdings nicht in Rücksicht auf den Pro-Kopf-Wert (ebd. 50). So sind „Umweltprobleme“ zunehmend „in der ausufernden Weltbevölkerung begründet“ (ebd. 48). Der „Druck“ der „Überbevölkerung“ ist zukünftig die erste Ursache aller Natur-Zerstörung (ebd. 49). – Um die globale Natur-Zerstörung zu vermeiden, gilt es, dieses exponentielle Bevölkerungswachstum in den „armen Ländern“ zu stoppen. Man kann eben nicht jeden Menschen, „der erst einmal geboren“ ist, „am Leben erhalten“ (Hayek 1981: 38). Es gibt, erklärt Hayek: keine „Gerechtigkeit“ – weder ökonomisch, noch gesellschaftlich, noch ökologisch.

So hat auch der Milleniums-Bericht der Weltbank, trotz des Angriffs auf grundlegende Rechte des Menschen, in den OECD-Staaten keinen substantiellen Massenprotest hervorgerufen: Im Zeitalter des neoliberalen Sozialatomismus sind die Fundamente eines gesellschaftlich solidarischen Protests aufgelöst; für den anderen Protest, der auf individueller Betroffenheit beruht und privatistische Lösungen anstrebt, ist die globale Natur-Zerstörung um das Jahr 2000 noch nicht so weit fortgeschritten, daß die Auswirkungen in den OECD-Ländern drastisch spürbar gewesen wären.

5.4 Die wichtigsten Analysen zur globalen Natur-Zerstörung, insbesondere zum globalen Klimawandel, legt der Weltklimarat vor: das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC). Das IPCC wurde 1988 von der *World Meteorological Organization* gegründet, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen. – Das IPCC hat eine Reihe von Sachstandsberichten zum Klimawandel vorgelegt: 1990, vor dem UN-Umweltgipfel von Rio de Janeiro; 1997, vor dem Kyoto-Protokoll; 2001, vor dem UN-Erdgipfel in Johannesburg; 2007, vor dem Klimagipfel auf Bali. – Die Sachstandsberichte enthalten drei Teile: a) wissenschaftliche Grundlagen; b) regionale Auswirkungen; c) politisch-ökonomische Strategien zur Abschwächung oder Verhinderung der globalen Erwärmung. Die erste Version der Berichte umfaßt weit über 1000 Seiten; der Bericht wird dann erst auf etwa 50, dann noch einmal auf etwa 20 Seiten gekürzt: Diese letztere Kurzversion wird von den Regierungsdelegationen auf den Weltklima-Konferenzen diskutiert, variiert und endlich verabschiedet. – Die Sachstandsberichte des IPCC weisen, gegenüber dem ersten Bericht des *Club of Rome* oder gegenüber *Global 2000*, eine deutlich gewachsene naturwissenschaftliche Erkenntnis des Klimawandels und seiner naturwissenschaftlich zu konstatierenden Ursachen auf. Auf dem Gebiet der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Ursachen hingegen herrschen weiterhin die bislang skizzierten Erkenntnisse – oder Un-Kenntnisse. Insofern sind auch die Lösungsvorschläge des IPCC begrenzt.

Wichtig ist der Sachstandsbericht des Jahres 2007 (Müller et al. 2007): am Vorabend der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrisis – der Krisis des neoliberal de-regulierten Kapitalismus. Der Bericht behandelt: a) die Ursachen des Klimawandels; b) die Folgen des Klimawandels; c) Strategien gegen den Klimawandel. Diese drei Themen-Komplexe werden jeweils in Rücksicht auf: a) die Natur einerseits, b) auf die Gesellschaft andererseits untersucht. Von zentraler Bedeutung ist, nach den

bislang vorgestellten Analysen von *Club of Rome*, *US-Administration* und *Weltbank*, die Darstellung der Gesellschafts-Ursachen des Klimawandels im Sachstandsbericht 2007.

Das IPCC setzt auf der Ebene der Gesellschaft und der Politischen Ökonomie die bestehende Weltwirtschaftsordnung des globalen Neoliberalismus voraus, so daß dieser als erste Ursache des Klimawandels entfällt. Es wird einzig versucht, marktwirtschaftlich Kosten und Nutzen der globalen Erwärmung und der Strategien zur Reduktion oder Vermeidung der Klimaänderungen zu beziffern. Es geht mithin darum, die ‚Marktwirtschaft‘ durch technologische Innovationen und privatistische Maßnahmen ökologisch und sozial – weil der Klimawandel soziale Folgen hat – zu reformieren. Wie die Vorgänger-Berichte kennt auch der Sachstandsbericht 2007 des IPCC eine gesellschaftliche Entwicklung als Ursache des Klimawandels, die nicht zu reformieren, sondern zu verändern ist: die Überbevölkerung.

Die zentrale Einsicht des IPCC-Berichts des Jahres 2007 in Rücksicht auf die gesellschaftlichen Ursachen des Klimawandels ist die Erkenntnis, „daß der Mensch den Klimawandel verursacht“; diese Einsicht besitze eine „Wahrscheinlichkeit von über 90 Prozent“ (IPCC 2007: 43, 199-201). Die These wird als Theorie des „anthropogenen Treibhauseffekts“ bezeichnet und durch vielfache umfangreiche Untersuchungen gestützt (ebd. 52ff., 145 ff., 159ff., 162ff.). Die Theorie wird in zwei Versionen vertreten: entweder sei es der Prozeß der Industrialisierung, oder es sei die Überbevölkerung die letzte Ursache (ebd. 244f.). Die erste Version wurde stets von den Entwicklungsländern, die zweite Version von den OECD-Staaten vertreten. Beide Versionen abstrahieren von gesellschaftlichen Verhältnissen: die erste Version reduziert den Kapitalismus auf die Technologie, die zweite Version reduziert gesellschaftliche Gesetze auf die Natur des Menschen – und beide argumentieren deshalb anthropologisch. Deshalb argumentieren beide Versionen mit Verweis auf den „Menschen“, eben ein ungesellschaftliches Wesen – als ob alle Menschen gleichermaßen die Ursache des Klimawandels seien. Der „Mensch“ befinde sich auf einem „Kollisionskurs mit der Natur“ (ebd. 30). Insofern sei der „anthropogene Treibhauseffekt“ eine „Menschheitsherausforderung“ (ebd. 30, 52ff.), die zur Lösung einer „Weltinnenpolitik“ bedürfe (ebd. 32, 101f., 116ff.).

Der gesellschaftliche und politisch-ökonomische Alphabetismus dieser Erkenntnis der Ursachen des Klimawandels zeigt sich an der Einleitung des IPCC-Berichts (2007) von Michael Müller (Die Grünen), 2007 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt. Müller bezeichnet die Komplexität des Problems – und stilisiert die ökologische Krisis zu einer nie dagewesenen Bedrohung der Menschheit, hinter der die Barbarei des 20. Jahrhunderts verblasst.

„Die Klimakrise ist ein Ergebnis der politischen, sozialen und ökonomischen Einrichtung der modernen Welt. China spricht bereits von der neuen ›neuen Systemkonkurrenz‹, die in der Entwicklungs- und Rohstoffpolitik zwischen Nord und Süd ausgetragen wird. Das zeigt: Die Klimadebatte lässt sich nicht von der Ausrottung der Armut, der Abschaffung von Privilegien und der Überwindung der Ungleichheiten in der Verteilung des Reichtums trennen. Sie geht weit über ökologische Fragen hinaus und bündelt – wie in einem Brennglas – eine Vielzahl von Fehlentwicklungen und Gefahren.

Der Klimawandel markiert das Ende des bisherigen Weges der Industrialisierung. Jetzt zeigen die Folgen, dass die Menschheit seit der industriellen Revolution einen ›Atmosphärenkrieg‹ (Stephen Schneider) führt. Dieser Krieg ist ein alltäglicher Angriff auf die Zukunft, er richtet sich gegen das künftige Leben. Durch die Ausbeutung der Natur konnten im vergangenen Jahrhun-

dert in einem Teil der Welt Wohlfahrt, Frieden und Sicherheit erreicht werden. Doch auf diesem Weg steht heute die Bewohnbarkeit der Erde auf dem Spiel – und damit unsere Zivilisation.“ (IPCC / Müller et al. 2007: 38; vgl. ebd. 94 – 96, 98, 116 – 126; Beck 1986: 7 – 11)

Nachdem der ökologisch gesinnte Kritiker die Vergangenheit eines „Teiles der Welt“ – das zwanzigste Jahrhundert – in ein gesellschaftliches Idyll von „Wohlfahrt, Frieden und Sicherheit“ verwandelt und statt des Nationalsozialismus, statt zweier Weltkriege sowie zahlloser weiterer Kriege ausschließlich einen „Atmosphärenkrieg“ als „Angriff auf die Zukunft“ erkannt hat, kann es mit seiner Aussicht auf diese „Zukunft“ nicht weit her sein. Er fordert wohl einen „Frieden mit der Natur“ und die „Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die in erster Linie auf den kurzfristigen Vorteil ausgerichtet ist“ (ebd. 38), eben eine „grundlegende Reform des Kapitalismus“ (ebd. 56) – aber er ist kein Revolutionär im Rang eines Staatssekretärs. Der Kapitalismus soll nicht abgeschafft, sondern er soll „grün und sozial“ werden (ebd. 56, 98); die Lösung der Naturzerstörung soll nach „marktwirtschaftlichen Grundsätzen“ (ebd. 91) erfolgen. Wie soll das möglich sein? Ganz einfach: Die Erzeugung gesellschaftlichen Reichtums, des Bruttoinlandsprodukts, soll nicht bloß mit der Wertminderung der Produktivkräfte, sondern zudem mit den Kosten der Naturzerstörung so verrechnet werden, daß naturdestruktive Produktionen keinen ökonomischen Vorteil mehr versprechen. So kann – nach der Überlegung des *Club of Rome* – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch das Ökoinlandsprodukt (ÖIP) ersetzt werden (Dieren 1995: 251ff.; vgl. Stiglitz 2008: 199f.). Natur soll – als „Naturkapital“ (IPCC / Müller et al. 2007: 36, 52, 104)! – in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Das ist das *Prinzip der Nachhaltigkeit* (sustainable development) (ebd. 100 ff., 265-267): In einem Wald sollen nur so viele Bäume gefällt werden, wie Bäume nachwachsen. Würde das Nachhaltigkeit versprechende Prinzip „Mit der Natur rechnen“ (Dieren) verfolgt, würde die Logik der „Marktwirtschaft“ radikalisiert und der „Frieden mit der Natur“ erreicht: die ökologische Kapitalismus-Kritik gelangt zum Neoliberalismus, der öko-liberale Kapitalismus erscheint als Wirklichkeit des „kantschen Friedens“ (ebd. 111, 125).

Also kann das Problem des Klimawandels, verknüpft mit den Problemen der weltweiten Armut und ungleichen Verteilung des *Wealth of Nations*, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Marktwirtschaft gelöst werden – wenn der mögliche Friede nicht bloß durch die Überbevölkerung in den Entwicklungsländern bedroht würde! (siehe ebd. 55, 91, 245).

Bis 2007 haben somit die Berichte des Weltklimarats keinen substantiellen Massenprotest in den OECD-Staaten hervorgerufen: Einerseits schien der „Kapitalismus“, die bestehende „Wirtschafts- und Unternehmensverfassung“, durch eine „grundlegende Reform“ „grün und sozial“ zu werden: durch technische Innovationen, die Umstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf das Ökoinlandsprodukt und privatistische Lösungen. Andererseits mußte das kommende Problem der „Überbevölkerung“ in den Entwicklungsländern gelöst werden. – Die Analysen des *Club of Rome* schienen 2007 obsolet: der Verweis auf den ökonomischen Imperativ exponentiellen Wachstums; der Hinweis darauf, daß technische Innovationen das Problem der Grenzen des Wachstums nur zeitlich verzögern aber nicht lösen können, weil nicht der Technik, sondern der bürgerlichen Ökonomie der Imperativ exponentiellen Wachstums inhäriert.

6. Lösungen zur Reduzierung der Erderwärmung – Das neokonservative Projekt einer Versöhnung mit der Natur ohne gesellschaftliche Versöhnung

Die vorgestellten Berichte über die Naturzerstörung im allgemeinen, über den Klimawandel insbesondere, belegen eine deutlich vertiefte naturwissenschaftliche Erkenntnis der Krise der Natur, eine unverändert vorurteilsvolle, konformistische Erkenntnis der gesellschaftlichen Ursachen der Krise.

Für die meisten Länder Lateinamerikas, vor allem Afrikas, aber auch Asiens wird eine sozialbiologische Lösungsstrategie angeboten: Reduktion der Überbevölkerung durch Überwindung des exponentiellen Bevölkerungswachstums – auf welche Weise auch immer (Abschnitt 9).

Für die Länder der OECD ergeben sich aus dieser Abstraktion von gesellschaftlichen Verhältnissen zwei andere Lösungsstrategien. Entweder wird der Ausweg aus der Krise in neuen Techniken gesucht – oder im veränderten Konsumverhalten der Bürger, also im Bereich des Privatismus. In beiden Richtungen wird der Traum eines ökologisch korrigierten Kapitalismus geträumt, in dem sich in Rücksicht auf die Natur alles ändern muß, in Rücksicht auf die Gesellschaft und die gesellschaftlich-ökonomische Praxis der Einzelnen fast nichts.

Aber die vorgestellten Berichte über die Natur-Zerstörung, insbesondere den Klimawandel, sind Berichte über den Widerspruch des Imperativs der „erweiterten Reproduktion des Kapitals“, des exponentiellen, grenzenlosen Wachstums der bürgerlichen Ökonomie, und der endlichen, begrenzten Ressourcen der Erde, der endlichen Möglichkeiten einer Absorption von Schadstoffen (Meadows et al. 1973: 73f.). Diesen Widerspruch hat der *Club of Rome* 1972 ausgesprochen. Diesen Widerspruch hat das UNDP 1999 negativ ausgesprochen durch die Hoffnung auf ein grenzenloses Wirtschaftswachstum aufgrund von neuen Technologien, die die „Fesseln der Natur“ sprengen. So fordern diese Berichte des *Club of Rome* und des UNDP implizit: daß die herrschende Wirtschaftsweise, daß die herrschende Lebensform in den OECD-Staaten grundlegend verändert werden muß – das wäre die Forderung nach einer ökonomisch-gesellschaftlichen Revolutionierung der Verhältnisse. So haben es der Club und das UNDP selbstredend nicht gemeint.

Also wird jener Widerspruch beiseite geschoben: das exponentielle Wirtschaftswachstum ist tabuisiert. Die Lösung des Problems der Natur-Zerstörung im allgemeinen und des Klimawandels insbesondere wird von allen relevanten Organisationen und Institutionen in Veränderungen gesucht, die das System der bürgerlichen Ökonomie, die den logos der bürgerlichen *societas* als unveränderlich voraussetzen. Die Lösung wird gesucht: in technologischen Innovationen, oder in privatistischen Lebenspraxen, oder in der Reduktion der ‚Überbevölkerung‘. Der propagierte „Friede mit der Natur“ wird gesucht inmitten eines weltgesellschaftlichen Unfriedens: die Versöhnung mit der Natur soll gelingen ohne gesellschaftliche Versöhnung. Das heißt, auf deutsch: Öko-Soziale Marktwirtschaft – ökologische Reformierung der Verhältnisse, ohne deren Logik anzutasten.

Nach der Erkenntnis jenes Widerspruchs von exponentiell-unendlichem Wachstum der bürgerlichen Ökonomie und der Endlichkeit der Erde, nach der Anerkennung jenes Widerspruchs durch die Suche nach Technologien, die die „Fesseln der Natur“ aufheben und damit die „Grenzen des Wachstums“, sind die angezeigten Lösungen ohnmächtig. Würde die strukturelle Veränderung der beste-

henden gesellschaftlichen Verhältnisse gefordert, stünden dem offenbar massive Widerstände entgegen.

6.1 Für die Länder der OECD werden durch die Berichte über Naturzerstörung und Klimawandel vor allem technische Lösungsstrategien favorisiert.

6.11 Insbesondere in den letzten zwanzig Jahren sind vereinzelte technische Lösungen des Problems des bedrohlichen Klimawandels vorgelegt und realisiert worden: die effiziente Nutzung vorhandener Energie vor allem durch Gebäude-Sanierungen (Wärmedämmung) und bessere Heizungs-Anlagen; die Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs; die Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien – Wind- und Sonnenenergie – an der produzierten Energiemenge; der Bau von Gezeiten-Kraftwerken; die Nutzung der Abwärme von Kraftwerken durch eine Kraft-Wärme-Koppelung; ein Wald- und Artenschutzprogramm; ökologischer Landbau; kreislaforientierte Abfall- und Materialwirtschaft; Konstruktion von Automobilen mit einem Elektro- oder Hybridantrieb – mit der Voraussetzung, daß für hocheffiziente Auto-Batterien seltene Erden benötigt werden; Produktion von Bio-Treibstoff – so daß potentielle Nahrungsmittel zur Füllung von Auto-Tanks benutzt werden; usf. (IPCC/Müller et al. 2007: 73-79, 100-112). Das Versprechen lautet: „Ehrgeizige Ziele sind ohne Komfortverluste möglich.“ (ebd. 107) Mehr noch: Es scheint die Möglichkeit eines Öko-Kapitalismus auf, einer „öko-effizienten Wirtschaft“ auf der Basis einer „ökologischen Wissensgesellschaft“ die „unserer Wirtschaft neue Wettbewerbsvorteile“ verschafft (ebd. 109). Dasselbe ökonomische Gesetz, eben das Gesetz des exponentiellen Wachstums und des globalen Wettbewerbs, das doch vom *Club of Rome* als eine der beiden großen Ursachen der globalen Natur-Zerstörungen erkannt wurde, kann – nach Auffassung des IPCC – die selbst geschaffene Destruktivität auch überwinden. Darin läge: eine „Gewinnerstrategie“ (ebd. 109; vgl. ebd. 243-257, insbesondere: 250).

6.12 Nach der Gründung der *Europäischen Atomgemeinschaft* (EAG) am 25.3.1957 wurde auf dem Energiesektor versucht, die Grenzen des Wachstums zu überwinden: Die Entwicklung der Kernenergie wird im EAG-Vertrag als Fundament eines „friedlichen Fortschritts zur „Belebung der Wirtschaft“ bezeichnet und als Grundlage des „Wohlstands der Völker“ anerkannt (Präambel). Die alsbald deutlich gewordenen destruktiven Folgen dieser „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ hat in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zu Massenprotesten geführt – gegen diese Folgen, nicht gegen die ökonomischen Gesetze, die eine grenzenlose Verfügbarkeit von Energie fordert. Die Kritik der Anti-AKW-Bewegung war keine Bewegung einer praktischen Kritik der politischen Ökonomie.

Die Umsetzung des EAG-Abkommens erfolgte in der BRD in den Atomprogrammen der Bundesregierung zwischen 1958 und 1972, im Atomgesetz von 1959, im Bau von Kernkraftwerken (Wyhl, nach 1972) und Brokdorf (1977), in der Planung des nuklearen Entsorgungszentren in Gorleben (1977) und der nuklearen Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (1981). Der Traum der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ war ausgeträumt durch den Reaktorunfall in Tschernobyl am 26.4.1986. Spätestens 1983/86 wird der Ausstieg aus der Kernenergie diskutiert, nach 2000 beschlossen. Im Jahre 2022 sollen in Deutschland die letzten Kernkraftwerke ‚vom Netz‘ gehen, die Kohlekraftwerke sollen erst 2038 abgeschaltet werden.

Gegen die „friedlich Nutzung der Kernenergie“ und ihre leicht erkennbaren destruktiven Folgen hat sich um 1975 die Anti-AKW-Bewegung gebildet, die zum Kern-Bestandteil der um 1970/73 sich entwickelnden Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere der Ökologie-Bewegung, wurde.

Die *Neuen Sozialen Bewegungen* (Eder 1982) reichten von den Bürgerinitiativen und Stadtteilbewegungen bis zur Frauenbewegung, Friedensbewegung und Dritte-Welt-Solidarität, von der Wohnbesetzer-Szene bis zu Experimenten einer alternativen Lebens- und Produktionsform. Das Interesse war die Verwirklichung eines richtigen Lebens im falschen. Die Bewegungen bildeten, gegenüber der Revolte von 1968, eine reduktionistische Sicht auf die herrschenden Verhältnisse: Das dominierende Interesse war nicht die radikale Kritik der Politischen Ökonomie, sondern die kulturelle Kritik der instrumentellen Rationalität (Eder 1982: 404-407; Guggenberger 1989: 401ff.): der rationalen (keynesianischen) Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der technischen Naturbeherrschung. Die Bewegungen traten, während des Zusammenbruchs des Keynesianismus (Ende von Bretton-Woods: 1971/ 73) und des Übergangs von der Industrie- und Arbeitsgesellschaft zur Dienstleistungs-Ökonomie (um 1978), an die Stelle des Antagonismus von Kapital und Arbeiter-Organisationen. Sie sahen sich einer informellen Phalanx von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften gegenüber.

Die Ökologie-Bewegung, die der „Bewahrung der Schöpfung“ insgesamt gilt (Guggenberger 1989), institutionalisierte sich 1972 der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU). – Die Anti-AKW-Bewegung aber galt einer besonderen Technologie, die erst die Möglichkeit einer globalen Katastrophe repräsentiert: im Falle des GAU. Die Bewegung formierte sich in den Protesten um das AKW Wyhl (1975-1977) sowie das AKW Brokdorf (1977ff.), das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben (1977) und die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (1981).

Analog zu diesen Bewegungen reagierte die Partei- und Regierungspolitik: mit der Einsetzung eines Sachverständigenrats für Umweltfragen (1970), mit der Konstitution des Umweltbundesamtes (1974), mit der Einrichtung von Umwelt-Ministerien auf der Ebene der Bundesländer (1981) und des Bundes als Reaktion auf den Reaktor-Unfall in Tschernobyl (1986).

Die Anti-AKW-Bewegung, verallgemeinert zur Ökologie-Bewegung, organisierte sich im März 1977 als Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die sich gegen das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben richtete. Im Mai 1977 wurde die Umweltschutzpartei (USP) Niedersachsen gegründet. Am 17./18. März 1979 erfolgte die Gründung der Partei Die Grünen (Grebing 1983). Die Grünen errangen am 7.10.1979 bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen mit einem Anteil von 6,8% der Zweitstimmen erstmals Mandate in einem westdeutschen Landesparlament. Bei der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6.3.1983 zogen Die Grünen mit 5,6% der Wählerstimmen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Die Partei verstand sich als ‚Antipartei-Partei‘; die Mandatsträger sollten regelmäßig – alle zwei Jahre – ausgetauscht werden. Die radikaldemokratische Intention scheiterte an den Regularien der parlamentarischen Arbeit.

Das zentrale Partei-Programm *Der Grünen*: Ökologie, erwies sich durch seinen Reduktionismus politischer Probleme als Einfallstor neoliberaler Positionen in den Bereichen von Wirtschaft und Finanzen. So wurde auch die Problematik der Umweltzerstörung mit politisch-ökonomischer Naivität betrachtet und führte zu entsprechenden konformistischen Lösungsvorschlägen, etwa: Mit der Natur rechnen (Club-of-Rome-Bericht 1995). Das Ziel ist eine ökologisch und sozial reformierte ‚Marktwirtschaft‘ (IPCC / Müller et al. 2007: 56, 91, 98). Die Erkenntnis des *Club of Rome*, daß

diese Marktwirtschaft durch ihren Imperativ exponentiellen Wachstums auf die grenzenlose Naturbeherrschung zielt, ist im Programm der *Grünen* nicht enthalten: Ökologische Reformen der Marktwirtschaft, lautet das Versprechen, bedeuten nicht Kosten, sondern Gewinnchancen, Wettbewerbsvorteile und zusätzliche Arbeitsplätze (IPCC / Müller et al. 2007: 109).

6.13 Die Strategie, die Grenzen des Wachstums zu überwinden, wird seit etwa 1980/90 nicht länger durch die Entwicklung der Kernenergie verfolgt, sondern durch drei andere wissenschaftlich-technische Fortschritte. Im Bereich der Energie-Gewinnung ist die Technik der Nutzung von Windkraft und Sonnenenergie fortgeschritten; im Bereich der regenerierbaren Ressourcen verspricht die Biotechnologie eine Abhilfe, die bis zur Vision einer technischen Reproduktion und Produktion von Menschen reicht – der modernsten Variante der „künstlichen Zuchtwahl“ (Charles Darwin 1859); im Bereich der naturfreien Ökonomie bietet die Informationstechnologie die größten Versprechungen eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Durch diese drei Technologien wird implizit das zentrale Argument des Club of Rome (Meadows et al. 1973: 73f.) anerkannt: die bürgerliche Ökonomie zielt durch ihr exponentielles Wachstum auf unendlichen Reichtum, die Erde aber sei endlich. Dieser Widerspruch soll aufgehoben und überwunden werden.

Das hat das *UN-Entwicklungsprogramm* (UNDP) in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 ausgesprochen. Die wichtigsten Technologien der „jüngsten Zeit“, führt das UNDP (ebd. 67) aus, sind die „Informations- und Kommunikationstechnologie“ sowie die „Biotechnologie“, weil sie die „Fesseln von Kosten, Zeit und Entfernung“ ebenso sprengen wie die „Fesseln der Natur“. Darum treiben „beide Technologien ... die Globalisierung voran.“ Die Informationstechnologie bewegt sich im virtuellen Raum, die Biotechnologie verspricht die Reproduktion und Produktion von Leben. Indem diese Technologie die Natur überwinden, stellen sie das „Wissen“ ins Zentrum: „Wissen ist der neue Vermögenswert“: „Da der Wissenssektor heute weltweit die höchsten Chancen für wirtschaftliche Entwicklung bietet, kann sich die Produktion von Wissen als Schnellspur zu höherem Wachstum erweisen.“ (ebd. 72) Also hat die Europäische Union, durch den ‚Bologna-Prozeß‘, das gesamte Bildungssystem – vorab die Universitäten und Hochschulen – wettbewerbskonform umgebaut, um Wissen für das erträumte unbegrenzte Wirtschaftswachstum zu produzieren. In der Wissens-Gesellschaft und Wissens-Ökonomie scheinen kapitalistische Ökonomie und Natur nicht versöhnt, aber völlig unabhängig voneinander – so daß die Digitalisierung die Überwindung auch der Natur-Zerstörung im allgemeinen, des Klimawandels im besonderen verspricht. Die Informationstechnologie ist der Fetisch im Zeitalter des Neoliberalismus.

Gegen keine dieser Technologien und ihre ökonomische Nutzung nach dem Gesetz des exponentiellen Wachstums ist kein Massenprotest erhoben worden. Gegen die Nutzung von Windkraft und Sonnenenergie wenden sich nur Bürger: die unter der Lautstärke der Windräder leiden; die die Abholzung von Wäldern, die aus Gründen des Baus von Stromtrassen erfolgt, anklagen; die auf die Tötung von hunderttausenden von Vögeln jährlich durch die Rotorblätter der Windräder verweisen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Nutzung der Biotechnologie ist vor allem durch eine *Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages* (1987) geleistet worden: Die Kommission verweist auf die Gefahr der Menschengzuchtung im ökonomisch-technischen Interesse. Im Bereich der Informationstechnologie lautet parteiübergreifend das Credo: Der Digitalisierung gehört die Zukunft! Die Nutzung dieser Technologie hat Einzug gehalten in die Suchtberichte der Bundesregierung.

6.2 Für die Länder der OECD werden durch die Berichte über Naturzerstörung und Klimawandel sodann, aufgrund des gesellschaftlichen Analphabetismus, privatistische Lösungsstrategien favorisiert.

Regierungen forcieren die technologischen Lösungen, weil sie in der neuen Ordnung der Freiheit, die einen ‚schlanken Staat‘ fordert, wenige Möglichkeiten besitzen, auf die Lebenspraxen der Bürger einzuwirken. Nur Einzelne, zu einer atomisierten Masse versammelt, können Verhaltensänderungen der Vereinzelteten einklagen. Daß die FFF-Bewegung sich auf dieser Linie bewegt, ist nicht nur aufgrund des Ausbleibens solidarischer Protestbewegungen zu vermuten, sondern prinzipieller: Weil in einer Gesellschaft, die auf dem Fundament eines Irrationalismus mythologisch wirkender, undurchschaubarer „Kräfte“ beruht (Hayek 1952: 86, 94f.; UNDP 1999: iii f.; Weltbank 2000: iii f.), die Einzelnen sich als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) gar nicht bewußt werden können – so daß sie sich umso mehr als Individuen wähnen, je weniger sie welche sind. Diese Paradoxie konstituiert die in sich atomisierte Masse, den Zusammenhang konformistischer Einzelner (vgl. Hayek 1952: 18ff., 31ff.). Das ist der gesellschaftliche Rahmen und das Fundament des gegenwärtigen Protests gegen die Klimapolitik in den Ländern des kapitalistischen Fortschritts. Der Protest könnte nur zum „Frieden mit der Natur“ führen, wenn er ein Lernprozeß wäre über den gesellschaftlichen Konformismus der atomisierenden Gesellschaft der neuen Freiheit und sich dadurch zu einem solidarischen Protest bildete: zu einem Widerspruch gegen widerspruchsvolle Verhältnisse.

7. Irrationale Gesellschaft – und konformistisch-individualistischer Protest

Der gesellschaftlich bewußtlose, konformistische Protest der FFF-Bewegung, aus dem sich einerseits ihre Anerkennung erklären läßt, andererseits ihr absehbares Scheitern bei ausbleibenden Lernprozessen, ist ein Protest im Geist der Zeit: er entspricht der Logik der neuen Ordnung der Freiheit – des gesellschaftlich irrationalen, atomistisch rationalen Neoliberalismus, des Neokonservativismus.

Die Logik des Neoliberalismus tritt deutlich hervor durch ihre gegensätzliche Einheit mit dem klassischen Liberalismus der Epoche der bürgerlichen Aufklärung und der liberalen Revolutionen vor allem in England, Nordamerika und Frankreich um 1760/1800. Der klassische Liberalismus war aufklärerisch und revolutionär, weil er die alte, metaphysische Welteinheit zerbrach. In dieser metaphysischen Welt schien der Weltzusammenhang in Gott zu bestehen, so daß alles als göttlich galt: die Natur ebenso wie der absolutistische Staat und die Ökonomie des Handelskapitalismus. Eine universale „Entzweiung“ der Welt, eine Subjektivierung der „gesellschaftlichen Welt“, eine Objektivierung der „Welt der Natur“ (Vico 1725: §331) ist das Signum der Epoche des klassischen Liberalismus. Indem die Gesellschaft der Natur entgegengesetzt wurde, schien alle Herrschaft von Menschen über Menschen überwunden und eine abstrakte, überpersönliche „Herrschaft der Verhältnisse“ (Marx 1857/58: 82) begründet. Die Herrschaft erschien als Herrschaft der Vernunft: als Atheismus; als Freiheit und Gleichheit aller Menschen unter dem Gesetz; als „ewiger Friede“; als „Wohlstand der Nationen“ auf der Grundlage des Tausches gleicher Waren-Werte; – und als eine überpersönliche, den Bürgern entfremdete, bewußtlose Herrschaft: jeder verfolgt sein Interesse,

und ohne es zu wissen und zu wollen, realisiert er dadurch das allgemeine Interesse. Der klassische Liberalismus entzaubert durch die bürgerliche Aufklärung die vordem vorausgesetzte göttliche Welteinheit; der klassische Liberalismus revolutioniert die Welt und stürzt den Absolutismus ebenso wie den Handelskapitalismus. Die neue Ordnung ist die Ordnung der Menschenrechte, der Republik, des Industriekapitalismus. An die Stelle der alten Ordnung ist ein substantiell verändertes Verhältnis der Menschen zueinander und zur Natur getreten: die politische und gesellschaftliche Revolution hat ihr Gegenbild in der Industriellen Revolution.

Die klassische Kritik des politisch-ökonomischen Liberalismus von Karl Marx und Friedrich Engels liefert theoretisch eine dialektische Aufklärung der liberalen Aufklärung und begründet dadurch den Anspruch der Arbeiterbewegung, die Erbschaft der bürgerlichen Aufklärung anzutreten. Die dialektische Aufklärung ist „revolutionär“ (Marx, MEW 23: 27f.), weil sie vom Interesse getragen ist, die „bewußtlose“ Herrschaft der Verhältnisse durch „revolutionäre Praxis“ in eine vernünftige Gesellschaft zu verwandeln, in der die Menschen sich ihrer selbst und ihrer Verhältnisse bewußt sind. Dadurch wäre auch die Objektivierung, die Herrschaft über die objektivierete Natur aufgehoben. Die vernünftige Gesellschaft wäre ein „vernünftiger Zustand“, in dem die „Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ verwirklicht wäre (Engels, MEW 1: 505, 509, 515). Das nennt der junge Marx: eine „wahre Resurrektion der Natur“, ein „durchgeführter Naturalismus des Menschen“, ein „durchgeführter Humanismus der Natur“ (MEW 40: 538). Dieser Kritik des Liberalismus ist bewußt, daß es keine gesellschaftliche Versöhnung ohne Versöhnung mit der Natur, daß es keine Versöhnung mit der Natur ohne gesellschaftliche Versöhnung geben kann – denn das Verhältnis des Menschen zur Natur ist ein gesellschaftliches Verhältnis.

Der Neoliberalismus tritt nicht die aufklärerische, sondern die gegenaufklärerische, nicht die revolutionäre, sondern die anti-revolutionäre Erbschaft des klassischen Liberalismus an. Der Neoliberalismus radikalisiert die einst aufklärerisch-revolutionäre Konstruktion der Herrschaft bewußtloser Verhältnisse zur Propaganda des gesellschaftlichen Irrationalismus – einer gesellschaftlichen Bewußtlosigkeit ohne utopischen, kritischen Gehalt. Der führende Vertreter des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek (1899-1992), hat die Dogmen des neuen Liberalismus als „Glaubensbekenntnisse“ (1960: 85, 87) eingeführt – als Prinzipien, die durch die Voraussetzung einer allgemeinen Irrationalität nur geglaubt werden können (siehe: Hayek 1952; 1960; 1973). – Durchgesetzt haben sich diese Prinzipien praktisch: in den Weltwirtschaftskrisen von 1975 und 1981, in der Schuldenkrise Lateinamerikas nach 1975/80, in der Zusammenbruchskrise des autoritären Staatssozialismus 1989/90. Das Resultat ist der Neoliberalismus als Weltordnung: als Globalisierung.

Die Dogmen des Neoliberalismus, die Strukturprinzipien der neoliberalen Ordnung von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur lauten:

Erstens: Wirtschaft und Gesellschaft sind als Ganze so komplexe Tatsachen-Gebilde, daß der Gesamtzusammenhang keinem „einzelnen Geist bekannt“ sein kann (Hayek 1973: 30). Das Ganze ist mithin weder als ein bewußter und vernünftiger, noch als ein kausaler Zusammenhang erkennbar, sondern einzig als ein Sinn-Zusammenhang „unbewußter Verhaltensformen“, undurchschauter „Traditionen und Gebräuche“ (1960: 78). Die Theorie, die diesen gesellschaftlichen Irrationalismus expliziert, ist eine „Gesellschaftstheorie“ (1973: 144, 154, 157) in der Tradition der deutschen Gegenklärung aus der Zeit des Wiener Kongresses (1814/15), die später die Logik der Geisteswissenschaften bestimmt. Die neoliberale Gesellschaft ist eine Gesellschaft ohne Gesellschaftsbewußt-

sein: daher ist diese Lehre unbeweisbar und muß geglaubt werden; daher tendiert sie zur dogmatischen Verallgemeinerung als Globalisierung.

Zweitens: Weil Wirtschaft und Gesellschaft als Ganze unerkennbar sind, ist es unmöglich, „aus dem Wissen der Einzelheiten eine wünschenswerte soziale Ordnung zu errichten“ (ebd. 30) – weder ist das Ganze vernünftig einzurichten, so daß die Einzelnen sich ihrer selbst und ihrer Verhältnisse bewußt wären, noch ist es systemrational steuerbar. Dieses Dogma richtet sich gegen die Prinzipien der Amerikanischen und der Französischen Revolution ebenso wie gegen den Sozialismus und die staatliche Lenkung der Ökonomie durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates – im Anschluß an Keynes.

Drittens: Aus der Unerkennbarkeit der gesellschaftlichen Totalität folgt die These vom ‚Ende der Geschichte‘ (Francis Fukuyama): das Ganze ist genetisch nicht aufzuklären, nicht als geworden zu erkennen. Also ist ein geschichtlicher, auf ein Telos gerichteter Prozeß historischen Fortschritts undenkbar: Geschichte ist als „organisches, langsames, halb unbewußtes Wachstum“, als „Entwicklung“ aufzufassen (1960: 69, 51). Die neoliberale Gesellschaft ist eine Gesellschaft ohne Erinnerung.

Viertens: Aus der Unerkennbarkeit der gesellschaftlichen Totalität folgt die These vom ‚Ende der Utopien‘: Hayek erkennt das Utopische am Sozialismus in einer Vorstellung von „Freiheit“ als der „Möglichkeit, >zu tun, was ich will<“ etwa: „frei wie ein Vogel zu sein“ oder die „Umgebung nach (seinem) Wunsch zu ändern.“ (ebd. 21) Utopien sind dem Neoliberalen irrationale Hirngespinnste. Die neoliberale ist eine strukturell hoffnungslose Gesellschaft.

Fünftens: Aus der Unerkennbarkeit der gesellschaftlichen Totalität folgt theoretisch und praktisch ein „methodologischer Individualismus“ (1952: 18ff., 31ff.). Das Ganze ist das Irrationale, aber der Einzelne kann durch „Versuch und Irrtum“ (K. R. Popper) sein Handeln rationalisieren. Da er das Ganze nicht erkennen kann, ist sein Wissen höchst begrenzt: „der Mensch“ kann „nur die Dinge des engen Kreises wirklich erfassen ..., dessen Mittelpunkt er ist“ (1948: 25). Weil das Ganze das Irrationale ist, die Rationalität aber nicht eliminiert, sondern auf den Einzelnen beschränkt ist, bezeichnet Hayek seine Lehre als einen „Antirationalismus“ (1960: 87). Die neoliberale ist eine Gesellschaft Atomisierter, die sich ihren Zusammenhang nur bestätigen können durch die Setzung Fremder als Feinde.

Sechstens: In der atomisierten Gesellschaft besteht die Freiheit nicht als Freiheit aller, als allgemeine Freiheit aller Menschen, sondern als Freiheit der Vereinzelten. Daher geht diese atomistische Freiheit mit Ungleichheit zusammen. Die Institution der atomistischen Freiheit und gesellschaftlichen Ungleichheit ist der Wettbewerb, nur Sieger und Verlierer in einem darwinistischen Überlebenskampf kennt: die einen können sich erhalten, die anderen werden „gnadenlos ausgemerzt“ (Hayek 1960: 34, 46). Der Neoliberalismus negiert mit der Vernunft die klassischen Rechte des Menschen.

Siebtens: Wenn die gesellschaftliche Totalität unerkennbar ist, bleibt dem Einzelnen nichts als: „freiwilliger Konformismus“, Anpassung an die undurchschaubare Welt (ebd. 78f.). Die Freiheit des Einzelnen besteht in rationaler Anpassung. Der Einzelne ist im undurchschaubaren Ganzen ebenso atomisiert wie ent-individualisiert. Die neoliberale ist eine konformistische Gesellschaft.

Achtens: Weil dem Einzelnen im Verhältnis zur Gesellschaft nur Konformismus bleibt, kann es keine legitime theoretische und praktische Kritik geben: Das Ganze enthält keine Instanzen, die über das Bestehende hinausreichen und einen Geist des Widerspruchs oder einen praktischen Widerstand gegen widerspruchsvolle Verhältnisse hervorbringen könnten. Gegen bestehendes Recht etwa kann auf keine transzendierende Gerechtigkeit verwiesen werden. Das, was ist, ist alles; es muß hingenommen werden. Die neoliberale ist eine autoritäre Gesellschaft.

Neuntens: Die Prinzipien des Neoliberalismus konstruieren eine konformistische Gesellschaft von sozial Atomisierten – eine autoritäre Volks-Gemeinschaft. Angesichts gesellschaftlicher Krisen eröffnet diese Gemeinschaft nur die Möglichkeit einer theoretischen und vor allem praktischen „konformistischen Revolte“ (Horkheimer, GS 6: 364). Die neoliberale Gemeinschaft, die neoliberale Kritik des zur Globalisierung verallgemeinerten Neoliberalismus, tritt in zwei Varianten auf:

In der autoritären Variante tritt die konformistische Kritik gesellschaftlicher Krisen gegenwärtig auf als Rechtspopulismus, der den Neoliberalismus in seiner Form der Verallgemeinerung zur Globalisierung neoliberal kritisiert, indem er die neue, gesellschaftlich konformistische Ordnung als Volksgemeinschaft propagiert. Die Volksgemeinschaft ist eine soziale Einheit, in der die Einzelnen sich ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht bewußt sind. Daher sind sie einerseits die bewußtlosen Marionetten des Allgemeinen: ent-individualisierte Subjekte. Daher wähnen sie sich andererseits, weil sie sich ihrer selbst als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) nicht bewußt sind, als autonome Individuen, als soziale Atome. Die Volksgemeinschaft als atomisierte Masse fordert von den Einzelnen eine bewußtlose masochistische Selbstunterdrückung von Bedürfnissen und Interessen, die bewußtlos auf Fremde projiziert und an diesen sadistisch bekämpft werden. Die neoliberale Volksgemeinschaft ist fremdenfeindlich: sie bedarf der Feindschaft gegen Fremde, damit die Atomisierten in dieser Feindschaft ihren Zusammenhang bestätigen. – In Rücksicht auf die Krise der Natur vermag der gesellschaftliche Irrationalismus der Volksgemeinschaft die Ursachen nicht in dieser Gemeinschaft selbst zu erkennen. Die gesellschaftliche Ursache wird auf Fremde verschoben und an diesen bekämpft. Rechtspopulisten verweisen, den kommentierten Berichten über die Naturzerstörung folgend, auf die Überbevölkerung in den Entwicklungsländern als gesellschaftlicher Ursache der Naturzerstörung im allgemeinen, der Klimakrise im besonderen. Also gilt es, die Überbevölkerung abzuschaffen. (Abschnitt 9)

In der liberalen Variante der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ tritt der Konformismus auf in der Form einer privatistischen Lebenspraxis: einer Vereinzelung, einer Familienorientierung. Auf dieser Grundlage kann es eine kritische Praxis nicht in Rücksicht auf gesellschaftliche Verhältnisse geben, sondern nur in Rücksicht auf die innere und äußere Natur. Die sozialistische Einsicht des 19. Jahrhunderts, daß es eine Versöhnung mit der Natur nur geben kann, wenn eine gesellschaftliche Versöhnung verwirklicht ist, daß es einen „Frieden mit der Natur“ nicht geben kann in einer Welt des gesellschaftlichen bellum omnium contra omnes, ist verloren. – Das ist der Standpunkt der gegenwärtigen Protestbewegung gegen die Naturzerstörung im allgemeinen, gegen die herrschende Klimapolitik im besonderen: gesellschaftlicher Privatismus, gesunde Ernährung (innere Natur), Umweltschutz (äußere Natur); gesellschaftliche Bewußtlosigkeit. Also gilt es, die Naturzerstörung entweder privatistisch oder technologisch zu überwinden (Abschnitt 6). – Durch den gesellschaftlichen Alphabetismus, durch den Neokonservatismus der Kritik, ist die FFF-Bewegung allgemein anerkannt: in den Massenmedien, die politische Fragen nur noch individualisieren; in der Politik der Parteien, die um gegenwärtige und vor allem um künftige Wähler konkurrieren. Wenn das Verhält-

nis des Menschen zur Natur aber ein gesellschaftliches Verhältnis ist, ist dieser Protest zum Scheitern verurteilt.

Wenn, wie der logos der neoliberalen *societas* vermuten läßt, der gegenwärtige Protest der *Fridays for Future* Bewegung ein gesellschaftlich irrationaler, konformistischer Protest von Sozialatomen ist, dann setzt diese Bewegung einige Entwicklungen voraus. – Damit es zu solchem Protest kommt, müssen die Folgen des ökonomischen Akkumulationsprozesses – des exponentiellen ‚Wirtschaftswachstums‘ – in den Staaten des kapitalistischen Fortschritts unmittelbar und individuell erfahrbar sein und nicht bloß in Lateinamerika, Afrika und Asien. Diese Erfahrung war um 1970/90 nicht ebenso möglich wie sie es nach 2010 ist. – Damit es zu solchem Protest kommt, muß die Naturzerstörung nicht nur als Möglichkeit – und bisweilen auch als Wirklichkeit: Tschernobyl, Fukushima – eines Super-GAU erfahrbar sein, sondern als eine Realität, so daß die Selbstzerstörung der Menschheit in einem absehbaren Zeitraum wahrscheinlich wird. – Die individualistische Betroffenheit scheint gesellschaftlich naiv, bietet aber einen zentralen Vorteil: Wird die Ursache der Naturzerstörung individualisiert, scheint jeder etwas dagegen tun zu können: Man vermeidet Plastik-Abfall, trennt den Müll, fährt Fahrrad, fliegt nicht in den Urlaub, reduziert den Fleisch-Konsum, ernährt sich von ‚Öko-Produkten‘, ... – Der Protest ist der Ausdruck einer als Ganzer irrationalen und darum anthropologisch atomisierten Gesellschaft: Der Protest steht unter dem Bann neoliberaler Verhältnisse.

Der Protest ist, in der Epoche des erst de- und dann re-regulierten Neoliberalismus, ein Widerspruch und Widerstand, der auf einer differenzlosen, individualistischen Betroffenheit von Menschen beruht. Die globale Bedrohung der Umweltzerstörung und des Klimawandels bedroht alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, von der politisch-ökonomischen Verfassung ihrer Länder, von ihren Kulturen (siehe Beck 1986). – Insofern produziert diese Bedrohung einen gesellschaftlich differenzlosen, analphabetischen Protest – so scheint es. Ein solcher Protest stützt sich einzig auf individuelle Betroffenheit: Auf den Sozialatomismus einer als Ganzer irrationalen Gemeinschaft, in der die Bürger sich nicht als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) wissen, und scheinbar auch nicht wissen müssen (vgl. Hayek 1952: 18ff., 31ff., 89-95). – Als Einzelne erfahren die Betroffenen aber die Natur-Zerstörung, den Klimawandel, als zusammenhanglose Konstellation einzelner Erscheinungen: sie gelangen nicht zu gesellschaftlichen Erklärungen und Aufklärung: zur Einsicht in das, „was die Welt im Innersten zusammenhält“ – worin die Einheit der Krisis, der Krisen-Symptome, besteht. Sie suchen nach Informationen, nach Wissen von Einzelnem.

Der gesellschaftlich analphabetische, eben bewußtlose aber ist ein gesellschaftlich konformistischer Protest (Hayek 1960: 78f.), dem die Erfahrung und das Begreifen gesellschaftlicher Widersprüche entschwunden ist. Unter dieser Voraussetzung ist ein Widerspruch gegen die Klimapolitik der herrschenden Regierungen möglich ohne einen Begriff der Widersprüche, ohne eine Aufklärung dieser Widersprüche: die Praxis des Protests ist ohne Theorie und erliegt daher dem Bestehenden.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den Protest gegen den Klimawandel tragen, sind – nach der Logik des Protests – sozial atomisiert und gesellschaftlich ebenso wie politisch-ökonomisch bewußtlos. In den Subjekten des Protests ist der alte „staatsbürgerliche Privatismus“ des keynesianischen Wohlfahrtsstaats, der das Interesse an sozialstaatlichen Leistungen mit den Strukturen einer „entpolitisierten Öffentlichkeit“ verband, aufgelöst in den nur noch „familialberuflichen Privatismus“ (Habermas 1973: 106). In diesem radikalen Privatismus dominiert die

„Familienorientierung mit ausgebildeten Konsum- und Freizeitinteressen einerseits und andererseits“ mit einer „dem Statuswettbewerb angemessenen Karriereorientierung“ (ebd.). Der Rückzug in die neue, alte, bürgerliche Kleinfamilie geht zusammen mit einem gesellschaftlich bewußtlosen Protest gegen eine globale Krisis, die als politisch-ökonomische Krisis de-thematisiert ist.

Nun haben seit Jahren sozialwissenschaftliche Studien über die Lebenspraxis und die Lebenserwartungen von Jugendlichen und jungen Menschen deren privatistische Interessen und Träume dargelegt. Nach der Shell-Jugendstudie 2015 gilt den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die „Familie als höchstes Gut“ – und zwar umso mehr, je mehr die Probanden gut situierten Familien entstammen. Zwar konstatieren die Autoren des Berichts ein „steigendes Politikinteresse“ der Befragten, aber dieses richtet sich nicht auf die etablierten Parteien und manifestiert sich etwa im Boykott bestimmter Waren oder in der Unterzeichnung von Petitionen: in individualistischen Praxen also. – Seit den Jahren der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisis schlägt der Sozialatomismus der Single-Haushalte um in den raschen Anstieg jährlich vollzogener Eheschließungen. Nach Angaben des ARD-Morgenmagazins vom 19.6.2019 geben Brautpaare in Deutschland im Durchschnitt 8.500 Euro aus, um den „wichtigsten Tag ihres Lebens“ angemessen zu gestalten: mit einer adäquaten ‚Location‘, Musikbands oder DJs, einem großen und repräsentativen Restaurant, Fotografen. Die Kosten für diesen Traum vorgeblicher Romantik steigen: alles soll perfekt sein – die Kleidung, das Arrangement des Restaurants, die Sitzordnung, das Menü, die Musik, Tassen, Teller, Blumen. Die Brautleute werden eingekleidet, geschminkt, eingewiesen – und begeben sich unter den größten sozialen Druck, um ihren Traum von Romantik perfekt zu inszenieren. Sie werden in lebendige Tauschwerte verwandelt, die Glück spielen, aber unter diesem Zwang der Perfektionierung eines Festes nicht glücklich sein können. Das sind die Träume vom individuellen Glück, von einer ewigen Liebe, von der Erwartung von Kindern, die große Erwartungen erfüllen müssen – und es nicht können. – Um diese Träume erfüllen zu können, bedarf es erheblicher finanzieller Mittel. Bei den letzten Bezirksamts-Wahlen in Hamburg (2019) errangen Die Grünen dort einen Anteil der Wählerstimmen von nahezu 50 Prozent, wo die finanziellen Sorgen gering und die Erwartungen an das eigene, private Lebensglück besonders hoch sind – wo die Müllvermeidung so selbstverständlich ist wie der Kauf von Bio-Produkten.

Das ist der Alptraum einer atomisierten Gesellschaft: Der Rückzug aus der Gesellschaft in das Privateste. Aber der Rückzug mißlingt. Die Rahmenbedingungen bröckeln. Zukunftsangst breitet sich aus: Die Welt scheint bedroht, empirisch wahrnehmbar. Der Privatismus ist nur der Spiegel eines gesellschaftlichen Irrationalismus, dem der logos der *societas* als eine anonyme, bedrohliche „Kraft“ erscheint (vgl. Fromm 1936: 118f.; Hayek 1952: 86, 88). Die erträumte Zukunft, der Traum vom Glück, ist bedroht. Es muß das Private verteidigt werden gegen die Bedrohungen des Klimawandels. Der Protest ist ebenso privatistisch wie unpolitisch, ebenso gesellschaftlich alpha-betisch wie ohnmächtig, ebenso konformistisch wie praxisfern – weil die weltverändernde Praxis autoritär von den Herrschenden erwartet wird, weil das Bedürfnis nach Gesellschafts-Erkenntnis nicht einmal nach den gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen Verhältnissen fragt, die der „Versöhnung mit der Natur“ entgegenstehen, weil das Bedürfnis nach einer „Versöhnung des Menschen mit dem Menschen“ durch gesellschaftliche Solidarität verloren scheint. Die Herrschenden sollen die von ihnen verantwortete Naturzerstörung endlich beseitigen, damit die eigene Zukunft nicht zerstört wird. Der Protest fordert nicht den Umsturz der Verhältnisse, sondern die Lösung einer globalen Krisis, ohne das Bestehende substantiell zu verändern: Es muß sich vieles ändern – aber möglichst wenig.

Der Protest ist aber nicht nur realitätsgerecht. Wer sich, angesichts des gesellschaftlichen Analphabetismus, über die Protestierenden erhebt, sollte bedenken: daß jeder Protest mit einem individualistischen Unbehagen, mit individualistischer Empörung oder individualistischem Zorn beginnt – fraglich ist nur, ob unter den herrschenden Verhältnissen die Empörung sich zu begreifendem Denken entwickeln kann; daß jeder Protest mit naiven Vorstellungen über das Kritisierte beginnt, daß jeder Protest ein Lernprozeß ist – fraglich ist nur, ob unter den herrschenden Verhältnissen ein Lernprozeß überhaupt möglich ist, ob er sich zu informiertem Wissen oder ob er sich zur Aufklärung des Gesellschaftlich-Unbewußten zu entwickeln vermag. Wer sich über die Protestierenden mokiert, sollte vor allem reflektieren, daß er selbst zu jener Gesellschaft gehört, die durch ihren Irrationalismus und Sozialatomismus jenen gesellschaftlich analphabetischen und deshalb individualistischen Protest erzeugt. Gerade der Theoretiker der Gesellschaft ist über das Bestehende nicht hinaus, sondern gehört den kritisierten Verhältnissen selbst an. Adorno hatte schon 1961 gelehrt: „Die Irrationalität der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Spätphase ist widerspenstig dagegen, sich begreifen zu lassen“ (GS 11: 284). Das trifft alle theoretische Kritik ebenso wie alle praktische. Die Verhältnisse scheinen Protest nur noch zuzulassen als „konformistische Revolte“ von Völkischen oder als gesellschaftlich analphabetischen Aufstand von Privatisierten, Atomisierten, die die Überwindung der Krisis von den Herrschenden einfordern. Erkannten neoliberale Ökonomen als Ursache der globalen Krisis von 2007ff. die „Gier“ Einzelner, so drehen diese Vereinzelten den Spieß nun um: Sie verteidigen ihre Atomisierung, ihren Traum von privatistischen Glück, gegen die Bedrohung durch eine anonyme Umwelt-„Katastrophe“, die von zurechenbaren Individuen abgewendet werden soll.

8. Exemplarische Analyse des neokonservativen Selbstverständnisses der FFF-Bewegung

Der gesellschaftliche, der Logik des Neoliberalismus entsprechende Konformismus der FFF-Bewegung kann vorgeführt werden an einem Interview, das das Hamburger Abendblatt mit Luisa Neubauer, dem „deutschen Gesicht der Fridays-for-Future Bewegung“ geführt und am 19. November 2019 (Seite 10) veröffentlicht hat. Bei einer weltweiten Bewegung mit Millionen ‚Aktivisten‘ ist nicht zu erwarten, daß Neubauers Aussagen auf ungeteilte Anerkennung von FFF stoßen. Da sie aber auch bei den Demonstrationen als Sprecherin auftritt, wird ihr Verständnis wahrscheinlich von vielen in der FFF-Bewegung geteilt.

Der Neokonservatismus Neubauers erscheint in ihrem Gesellschafts- und Geschichtsbild, das ihrer Auffassung von den Aufgaben der FFF-Bewegung zugrunde liegt.

Einen ersten Beleg ihres Gesellschaftsbildes liefern ihre Aussagen zu privatistischen und gesellschaftlichen Wegen aus der Klimakrise. Es „reiche nicht“, betont Neubauer, „daß jeder Einzelne sein Leben ändert“.

„Sicherlich ist es großartig, wenn Menschen ein ökologisches Leben führen, ich versuche das selbst und empfinde es als bereichernd. Wer morgens mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, ist zum Beispiel produktiver, glücklicher und gesünder.“

Ein „nachhaltiges Leben“ sei aber nur in einer „nachhaltigen Gesellschaft“ möglich – es bedürfe jedoch der „großen Veränderungen“. Dafür führt sie, mit Verweis auf das Fahrrad, an: die Verbesserung der „Infrastruktur“ – eben den Bau von Fahrradwegen. Zu den fälligen „großen Veränderungen“ rechnet Neubauer auch, „daß Produkte nicht mehr eingeschweißt werden.“ Das nennt sie: „systemische“ Veränderungen.

Einen anderen Beleg ihres Gesellschaftsbildes liefert ihre Überlegung: „daß wir mehr Frauen in wichtigen Positionen brauchen.“ Wohl sind bei den „wichtigen Positionen“ die Arbeitsplätze in Kitas oder Krankenhäusern gemeint – wahrscheinlich denkt Neubauer eher an Frauen im Vorstand von Dax-Konzernen.

Neubauers Kritik gelangt offenbar nicht zu gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen, sondern höchstens zu technischen Innovationen und personellen Veränderungen in „wichtigen Positionen“. Auf dieser konformistischen Grundlage erscheint ihr die Gesellschaft als eine differenzlose, widerspruchsfreie Volks-Gemeinschaft. Auf alle Fragen des Abendblatt-Chefredakteurs antwortet sie mit dem Personalpronomen „wir“, etwa: „wenn wir unsere Möglichkeiten nicht nutzen ...“; „wir müssen gemeinsam überlegen, wo wir als Gesellschaft hinwollen und wie wir dabei unserer internationalen Verantwortung gerecht werden“; „denn richtig teuer ist, was wir gerade machen“; „in den vergangenen 30 Jahren haben wir etwa genauso viel CO₂ in die Atmosphäre geballert wie ...“.

Der gesellschaftlichen Bewußtlosigkeit, dem gesellschaftlichen Konformismus Neubauers entspricht ihr geschichtlicher Analphabetismus. Sie verweist, in einer Antwort, auf geschichtlich belegte Hoffnungen auf ein „besseres Morgen“:

„Es gibt keinen Grund zu verzweifeln, wenn man sich anguckt, was die Menschen in den vergangenen zwei Jahrhunderten geschafft haben – Dinge, die für unmöglich gehalten wurden. Wir müssen uns ein Beispiel an Menschen nehmen, die damals gesagt haben: Ihr denkt, dass Frauen nicht wählen dürfen? Wir zeigen euch, wie das geht. Ihr denkt, dass Schwarze nicht mit Weibern in einem Bus fahren dürfen? Wir zeigen euch, wie das geht.“

Neubauer fragt nicht danach, ob frühere Revolutionen auf heute übertragbar sind. Sie drückt die gesellschaftlichen Umwälzungen aus, als ob es sich um sozialtechnische Maßnahmen handelte: „wie das geht“. Ihre Erinnerung an das, „was die Menschen in den vergangenen zwei Jahrhunderten geschafft haben“, könnte analog auch zur Verzweiflung treiben: zwei Weltkriege und ungezählte kleinere und größere Kriege; Völkermorde; Vertreibungen; Massenelend; wissenschaftlich betriebene Folter; Auschwitz; ... Aber Neubauer sieht ja positiv in die Zukunft: „Es gibt keinen Grund zu verzweifeln“.

Der geschichtliche Analphabetismus Neubauers erreicht seinen konsequenten Ausdruck in ihrer Antwort auf die Frage nach „Gemeinsamkeiten von Sklaverei und Klimakrise“. Man könnte schon die Frage nach der „Gemeinsamkeit“ als zynisch und geschmacklos empfinden. Aber Neubauer ist sich ihrer selbst als omnipotenter Weltretterin ganz sicher.

„Früher war Sklaverei ein essenzieller Bestandteil des wirtschaftlichen Systems in Amerika. Und für alle, die keine Sklaven waren, war das ganz normal, viele haben von den Sklaven profitiert. Die wiederum hätten sich nie selbst aus der Zwangsherrschaft befreien können. Das ist erst geschehen, als man sich entgegen der wirtschaftlichen Interessen entschieden hat, dieses System zu beenden, weil es moralisch falsch war. Ich finde das total richtungsweisend und mit unserer heutigen Situation vergleichbar. Wenn es eine zerstörerische Praxis gibt wie heute unser klimafeindliches Leben, dann muss man die beenden. Und wie die Sklaverei damals hat auch die Welt heute keine Chance, sich zu befreien – das müssen wir tun. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer freiwilligen Selbstdeprivilegierung.“

Neubauer weiß nichts vom Amerikanischen Bürgerkrieg. Sie weiß nichts vom durchaus ökonomischen Interesse der Nordstaaten der USA an der Sklavenbefreiung. Sie weiß nichts von Erhebungen Unterdrückter in der Geschichte, von der Befreiung durch Revolutionen. „Wir“ müssen die „Welt ... befreien“, „wir“ müssen „die Welt retten“. Die Verdammten dieser Erde können „sich nie selbst aus der Zwangsherrschaft befreien“ – „das müssen wir tun“: „Man spricht in diesem Zusammenhang von freiwilliger Selbstdeprivilegierung“. Nachdem auf diese Weise alle Revolutionen nur „Selbstdeprivilegierungen“ der Herrschenden waren, die einsahen, daß das, was sie taten, „moralisch falsch war“, scheint ein phantastisches Bild der Französischen Revolution auf: Louis XVI. wird in seinem Palast von moralischen Selbstzweifeln geplagt, so daß ihm seine absolutistische Gewalt-Herrschaft ein schweres Schuldbewusstsein verursacht; so entsteht in ihm das Bedürfnis nach freiwilliger Selbstdeprivilegierung und er begibt sich, niedergedrückt, ins Zentrum von Paris zur dort errichteten Guillotine, um sich selbst mit den Worten zu richten: „alles muß man selber machen“. Nach diesem heroischen Vorbild also sollen „wir“ uns selbst „freiwillig“ selbst deprivilegieren.

Wenn „wir“ so fortschreiten zu einer „nachhaltigen Gesellschaft“, erklärt Neubauer der Hamburger Zeitung, wird Hamburg führend im globalen Wettbewerb um die ökologischste Stadt Europas, wenn nicht der Welt:

„Hamburg ist eine überdurchschnittlich starke Stadt, was Mobilisierung angeht. Es gibt ein unfassbares Netzwerk an Menschen, die sich beteiligen und einbringen, nicht nur Fridays for Future, sondern auch Parents for Future, usw. Hamburg könnte zu einem Klimaleuchtturm in Europa werden. Es gibt keine ökologisch-visionäre Großstadt in Deutschland, das wäre eine so unfassbare Chance für Hamburg. (...) Das wäre übrigens auch eine Stadtteile und Generationen verbindende Gemeinschaftsaufgabe.“

Die FFF-Bewegung als betriebswirtschaftlicher Standort-Vorteil einer Stadt, die sich im Kampf gegen die Erderwärmung zum Wir zusammenschließt.

Nach so viel gesellschaftlichem Konformismus, nach so viel gesellschaftlicher und geschichtlicher Bewußtlosigkeit verwundert es nicht, daß die der FFF-Demonstration von 50.000 Menschen am 29. November in Hamburg von Brigitte Engler vom City Management kommentiert wurde mit der Erwartung: „sie rechne mit einem umsatzstarken Tag – voraussichtlich würden viele Hamburger erst die Demo besuchen und anschließend noch zum Shoppen gehen“. Die zarte Andeutung eines Gesellschafts-Protests „linksradikaler Gruppen“ wie Ende Gelände auf der Demonstrationen, die „auf Transparenten die Abschaffung des Kapitalismus“ fordern, kommentiert das *Hamburger Abendblatt*: sie „bleiben dabei aber friedlich“ – offenbar wurde Schlimmeres befürchtet; jedenfalls kreiste „ein Polizeihubschrauber über dem Geschehen“. Als, nahezu zeitgleich, Demonstrationen in den

Kohlegruben der Lausitz stattfanden, wurde schon der Schlagstock eingesetzt – jedenfalls erwartete dort niemand einen „umsatzstarken Tag“ und eine Förderung des Weihnachts-Geschäfts am Black Friday.

9. Rassistische Kritik der Ursachen des Klimawandels: Der Verweis auf die Überbevölkerung in Afrika

Die vorgestellten Berichte über die Naturzerstörung im allgemeinen, über den Klimawandel insbesondere, bieten für die OECD-Länder Auswege aus der Klima-Krise an durch neue Techniken oder durch privatistische Lösungen, für die Länder Lateinamerikas, Asiens, vor allem Afrikas aber den Ausweg durch Reduktion der Überbevölkerung durch Begrenzung des Bevölkerungswachstums – auf welche Weise auch immer.

Das exponentielle Wachstum der Weltbevölkerung, vor allem der Bevölkerung der Entwicklungsländer, ist als eine der zentralen Ursachen der globalen Natur-Zerstörung bereits vom *Club of Rome* (1972) ausgesprochen worden. Der *Global-2000-Bericht* an den US-Präsidenten (1980) stellt die Überbevölkerung in den Mittelpunkt seiner Analysen der Menschheitsprobleme. Die *Weltbank* (2000) erkennt den „Bevölkerungsdruck“ als eine Ursache der Natur-Zerstörung an. Der *Weltklima-report des IPCC* (2007) nimmt das Argument auf als Einsicht in die möglichen Ursachen des globalen Klimawandels.

Der Verweis auf die Überbevölkerung als der zentralen Ursache der Krise der Natur im allgemeinen, der Klimakrise im besonderen, ist zu einem Dogma des rassistischen Rechtspopulismus geworden: Gefordert wird die Reduktion dieser Überbevölkerung, auch in der vom Ökonomie-Nobelpreisträger Hayek (6.3.1981) propagierten Form der Abschaffung der Garantie, „daß jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist“ – also durch „selektive Ausmerzung“ von Menschen (1960: 34, 46). – Der Neoliberalismus im allgemeinen vermag, aufgrund des gesellschaftlichen Irrationalismus, System-Krisen der neuen Ordnung der Freiheit gar nicht zu erkennen: darum leugnen Rechtspopulisten die Klimakrise. So weit diese überhaupt anerkannt wird, verschieben die Rechtspopulisten die Ursache der Krise auf Fremde, um an diesen die Ursache zu bekämpfen. Die Ursache wird, gemäß der neoliberalen Ordnung des Wettbewerbs als eines sozialdarwinistischen ‚Kampfes ums Überleben‘, biologisch interpretiert, eben rassistisch: Die Erfolglosen dieser Welt, die Verlierer im globalen Wettbewerbskampf: die Menschen in den unterentwickelten Ländern, gelten als Wesen, die im Lustprinzip leben und sich deshalb unbegrenzt vermehren. Also, so ist es den rassistischen Rechtspopulisten plausibel, muß diesen triebgesteuerten Wesen sadistisch der Masochismus vermittelt werden: Sie müssen ökonomisch eliminiert werden. Dann würde sich auch die CO₂-Belastung der Erd-Atmosphäre verringern.

Seitdem die *Alternative für Deutschland* (AfD) in allen Landtagen und im Deutschen Bundestag sitzt, ist es in möglich, offen rassistische Vorurteile auszusprechen: „Man wird doch wohl einmal sagen dürfen!“ Schließlich herrsche Meinungsfreiheit! Diese Freiheit hat sich am 1.8.2019 Clemens Tönnies, Aufsichtsratsvorsitzender des FC Schalke 04 und Milliardär durch die Massenschlachtung von Schweinen, beansprucht. Auf dem ‚Tag des Handwerks‘ hat er in Paderborn während einer Rede ausführlicher dargelegt, was das Unbewußte ihm eingeflößt hat: An Stelle einer Klimasteuer

sollte man die erwarteten 27 Mrd. Euro besser dem Entwicklungshilfe-Minister Müller zur Verfügung stellen, damit dieser den Bau von Kraftwerken in „Afrika“ finanzieren könne. Die Investition sei sinnvoll: „Dann würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn’s dunkel ist, Kinder zu produzieren.“ Die Zuhörer schweigen erst, dann beginnen einige zu applaudieren, dann viele. Endlich hat es einmal jemand gesagt! Die Kritik kam umgehend. Nur der Aufsichtsrat des Bundesliga-Clubs ist wenig empört: Der Vorsitzende darf 3 Monate lang sein Amt nicht ausüben. Die deutsche Presse berichtet: immer dasselbe Zitat.

Nach Tönnies’ Phantasie bilden „die Afrikaner“ eine differenzlose Masse, ohne individuelle Identität, ohne kulturelle Differenzen – offenbar weiß der Redner nichts von den „Afrikanern“ außer seinem Vorurteil. Diese Masse lebt, nach Tönnies’ Vorurteil, anthropologisch in einem archaischen Zustand: sie leben im Lustprinzip, sie „produzieren“ Kindern. Diese Masse lebt auch ökonomisch in einem archaischen Zustand: sie scheinen nicht zu „produzieren“ außer Kindern, und sie gewinnen Energie, indem sie „Bäume fällen“ – sie beuten die Wälder des Kontinent aus, sie zerstören mit den Wäldern das Klima und damit ‚unsere‘ Lebensgrundlagen. Schließlich, das spricht Tönnies nicht direkt aus: Weil diese Masse sich unaufhörlich vermehrt, kommen „die Afrikaner“ über das Mittelmeer, um sich arbeitsfrei ‚unseren Reichtum‘ anzueignen. Die Lösung wären also „Kraftwerke“ aus Deutschland: das wäre Schluß mit der Abholzung der Regenwälder, und dann wäre Licht – keine Gelegenheit, „Kinder zu produzieren“.

Am 6.8.2019 kann man auf der Sportseite (!) des Hamburger Abendblatt (Seite 23) nachlesen, wie tief Tönnies vielen aus den unbewußten Partien der Seele gesprochen hat, die sich dagegen verwahren würden, AfD-Sympathisanten, Rassisten oder Antisemiten zu sein. Die Hamburger Stadtzeitung berichtet: Der Vize-Vorsitzende der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der sehr ehrenwerte Herr Wolfgang Kubicki, erklärt sich zur Rede von Tönnies: Die Aussagen seien „drastisch“, aber zulässig. Tönnies’ Worte seien „vielleicht auch notwendig“ gewesen, „um auf ein Riesendilemma der selbst ernannten Klimaaktivisten hinzuweisen. 1972 leben circa 4,5 Milliarden Menschen auf der Erde, heute sind es 7,5 Milliarden, die ernährt, untergebracht, beschäftigt werden und deren Mobilitätsbedürfnisse sicher nicht geringer sein werden als heute.“ Die rassistische Forderung lautet: Die Überbevölkerung vor allem in „Afrika“ muß endlich als erste Ursache der Menschheitsprobleme anerkannt werden; deshalb muß im Interesse der Welternährung, der Sicherung von menschengerechten Wohnungen und einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen, der Befriedigung der „Mobilitätsbedürfnisse“ (! bei den Migranten, die über das Mittelmeer fliehen?) und der Vermeidung des drohenden Klimawandels die Reduktion des Bevölkerungswachstums in „Afrika“ angestrebt werden. Die alte Rede von der „Bevölkerungsexplosion“, die an die atomare Bedrohung erinnerte, wird neoliberal wiederholt. In Afrika also liegt das Problem. So hatte es auch Hayek (6.3.1981) erkannt: In der Knappheits-Ökonomie können „wir“ nicht „garantieren, daß jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist“. Das gilt ökonomisch. Das gilt, laut Kubicki, auch ökologisch. In den Jahren der Massenflucht von Menschen über das Mittelmeer nach Europa scheint der Vizepräsident des Deutschen Bundestages die Lösung für die internationale Migration und das Problem des Klimawandels parat zu haben: Den Stopp der Bevölkerungsexplosion in Afrika! Zu dieser Konsequenz sollten die „selbst ernannten Klimaaktivisten“ endlich gelangen. Wann also fordert, nach Kubicki, die *Fridays for Future-Bewegung* endlich: Schluß mit der Gewohnheit der Afrika, im Dunkel der Nacht „Kinder zu produzieren!“

10. Unversöhnte Gesellschaft, unversöhnte Natur: Die Kritik der kritischen Theorie der Gesellschaft

Der gegenwärtige Protest der FFF-Bewegung gegen die Klimapolitik der Länder des kapitalistischen Fortschritts werden durch Massenmedien und Regierungs-Politiker anerkannt und hofiert, weil sie gesellschaftlich konformistisch sind. Das minimale Interesse der Bewegung, die Umsetzung der in der *Pariser-Klimakonvention* (2015) vereinbarten Ziele von den Regierenden einzuklagen, entbehrt nicht des Verweises auf gesellschaftliche Folgen der Erderwärmung, wohl aber der Denunziation der gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen der Krise der Natur. Politisch-ökonomisch und gesellschaftlich herrscht in der FFF-Bewegung eine Bewußtlosigkeit über die gegenwärtige, die Ordnung der neuen Freiheit. Die Sprecherinnen der Bewegung sind oft gut informiert über die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet des Klimawandels. Sie sind analphabetisch auf dem Gebiet der gesellschafts-wissenschaftlichen Erkenntnis der Ursachen der Natur-Zerstörung. Weil die Bewegung keinen Widerstand gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse leistet, schlägt ihr kein nennenswerter Widerstand entgegen.

Weil die FFF-Bewegung gesellschaftlich bewußtlos ist und insofern unter dem Bann des neoliberalen gesellschaftlichen Irrationalismus steht, richten sich die Hoffnungen und Erwartungen der Öffentlichkeit, die der FFF-Bewegung anerkennend gegenübersteht, auf *Die Grünen*: das Projekt einer Versöhnung von ökonomischen und ökologischen Imperativen. Die FFF-Proteste laufen ins Leere, wird die scheinbar triviale Einsicht, daß das Verhältnis der Menschen zur Natur ein gesellschaftliches und eben kein bloß technisches oder privatistisches Verhältnis ist, nicht reflektiert. Den Protesten steht ein Scheitern bevor, solange die alte Erkenntnis nicht praktisch wird: daß eine „Versöhnung der Menschheit mit der Natur“ nicht verwirklicht werden kann ohne eine „Versöhnung der Menschheit mit sich selbst“, daß eine „Versöhnung der Menschheit mit sich selbst“ nicht verwirklicht werden kann ohne eine „Versöhnung der Menschheit mit der Natur“ (Engels 1843/44. MEW 1: 505; siehe Marx 1844. MEW 40: 533-546). Jene „Versöhnung“ indes wäre, nach den Worten von Engels und Marx, nichts gewesen als ein „vernünftiger Zustand“ (MEW 1: 509): „Kommunismus“ (MEW 40: 536). Auf diese Utopie freilich kann nicht schlicht rekuriert werden: Im Zeitalter des neoliberalen Anti-Utopismus ist jene Utopie nur noch zu retten durch die Aufklärung der Geschichte ihrer Negation.

Aber die Einsicht in gesellschaftliche, politisch-ökonomische Ursachen der Naturzerstörung scheint verloren. Der an Marx anschließende gegenwärtige Marxismus verliert sich in der endlosen Exegese der Texte des Meisters, ungeachtet dessen, daß ein Kritiker der bürgerlichen Ökonomie allein durch eine Kritik gewürdigt wird, die sein Werk als seine „Zeit in Gedanken erfaßt“ begreift und deshalb metakritisch über ihn hinausgeht. Die kritische Theorie der Gesellschaft von Max Horkheimer und Theodor Adorno hingegen hat sich, aus substantiellen Gründen, von der Kritik der politischen Ökonomie weitgehend verabschiedet und ist zu einer Rationalitäts- und Kultur-Kritik geworden, die jedenfalls unmittelbar ohnmächtig vor politisch-ökonomischen Gründen der Natur-Zerstörung, der „unversöhnten Natur“, steht.

Die Frage des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Herrschaft und Herrschaft über die äußere und innere Natur ist jedoch eine zentrale Frage der Kritischen Theorie der Gesellschaft. Ohne diese Frage bleibt jede theoretische und praktische Kritik der Herrschaft über die Natur, der Zerstörung der Natur, ohnmächtig. Adorno hat indes darauf hingewiesen, daß eine kritische Theorie, die unter

den Bedingungen der Barbarei und der ordoliberalen Marktwirtschaft den Zusammenhang von gesellschaftlicher Herrschaft und Naturbeherrschung aufzuklären sucht, verstellt scheint:

Beckett „zuckt die Achseln über die Möglichkeit von Philosophie heute, von Theorie überhaupt. Die Irrationalität der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Spätphase ist widerspenstig dagegen, sich begreifen zu lassen; das waren noch gute Zeiten, als eine Kritik der politischen Ökonomie dieser Gesellschaft geschrieben werden konnte, die sie bei ihrer eigenen ratio nahm. Denn sie hat diese mittlerweile zum alten Eisen geworfen und virtuell durch unmittelbare Verfügung ersetzt. (...)

Der im Stück („Endspiel“; G.S.) gegebene Zustand aber ist kein anderer als der, in dem es ›keine Natur mehr gibt‹. Ununterscheidbar die Phase der vollendeten Verdinglichung der Welt, die nichts mehr übrig läßt, was nicht von Menschen gemacht wäre, die permanente Katastrophe, und ein zusätzlich von Menschen eigens bewirkter Katastrophenvorgang, in dem Natur getilgt ward und nach dem nichts mehr wächst: ... ” (Adorno, GS 11: 284 f.)

Adorno deutet die Zerstörung der Vernunft im Fortschritt von bürgerlicher Gesellschaft und Politik-Ökonomie an: Marx' Kritik der politischen Ökonomie konnte in der Epoche des klassischen, revolutionären Liberalismus noch die bürgerlichen Vernunft-Utopien metakritisch gegen das Bestehende richten – in der Epoche der irrationalen Verhältnisse aber kann keine gesellschaftliche Vernunft mehr durch dialektische Metakritik aufgehoben werden. Die „Irrationalität der Gesellschaft“, die der Neoliberalismus theoretisch propagiert und praktisch feiert, ist die total bewußtlose, die den Menschen total entzogene Gesellschaft: die absolute „Herrschaft der Verhältnisse“, die absolute „Verselbständigung der Verhältnisse gegenüber den Individuen“ (Marx/Engels, MEW 3: 424). Dann sind die Individuen nur noch bewußtlose Marionetten des Allgemeinen, ebenso ent-individualisiert wie atomisiert. Dann erscheint der gesamte Kosmos – die „gesellschaftliche Welt“ ebenso wie die „Welt der Natur“ – beherrscht von unbegreiflichen „Kräften“ (Hayek 1952: 89-95). In diesem Zustand der vollendeten Bewußtlosigkeit der Gesellschaft (Engels, MEW 1: 515; Marx, MEW 23: 89) gibt es keine Entzweiung, keinen Widerspruch von Gesellschaft und Natur: „Natur ist Gesellschaft, Gesellschaft ist (auch) ›Natur‹“ (Beck 1986: 23-112, Zitat 108). Analog ist die klassisch-liberale Entzweiung von Individuum und Gesellschaft aufgehoben in repressiver Identität (ebd. 113-248). Die irrationale Gesellschaft tritt auf als eine widerspruchsfreie Natur-Gesellschaft, die den Widerspruch gegen die Gesellschafts-Natur eliminiert. Die theoretische und praktische Kritik der Verhältnisse scheint zum ohnmächtigen Anrennen gegen die Verhältnisse verdammt: Der Aufklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse scheint die Grundlage entzogen: die neoliberale Ideologie ist eine Ideologie ohne verschleiernde, transzendierende Utopie. Der Kritik bleibt nur: entweder der Konformismus der Volksgemeinschaft, oder die gesellschaftlich bewußtlose Kritik einer Krise der Natur, die eine bewußtlose Gesellschafts-Natur ist – eine Gesellschafts-Natur, in der es „keine Natur mehr gibt“. Die Informationstechnologie verspricht diese Emanzipation der bürgerlichen Ökonomie von den „Fesseln der Natur“ (UNDP 1999: 67). Könnte unter diesen Umständen eine gesellschaftliche Utopie abstrakt bestimmt werden, so wäre dies die Utopie „einer vollentwickelten Gesellschaft“ von „vollentwickelten Individuen“, in der die Natur „versöhnt“ ist (Horkheimer 1944/47: 142, 106, 131, 134; siehe: Engels, MEW 1: 505; Marx, MEW 40: 536-538). Das hieß einmal: „vernünftiger Zustand“ (Engels, MEW 1: 509) – ein Zustand, in dem die Menschen sich ihrer selbst und ihrer Verhältnisse bewußt sind, in der nicht die Gesellschaft als Subjekt der Natur als Objekt abstrakt-

bewußtlos gegenübersteht, so daß die Natur nur der Gegenstand wissenschaftlich-technischer Beherrschung ist.

Diese Vernunft-Utopie war schon unter dem Imperialismus, nach der Großen Depression von 1873/79, verloren. In der Epoche des Monopolkapitalismus und der Zweiten Industriellen Revolution wurde die technisch-wissenschaftliche Beherrschung von Gesellschaft, Individuen und Natur propagiert und praktiziert; in dieser instrumentellen Weltbeherrschung gingen die liberalen Utopien allgemeiner Freiheit und Gleichheit, ewigen Friedens und des Wohlstands der Nationen unter. – Der zeitgenössische Marxismus der Zweiten und später auch der Dritten Internationale entdeckte in dieser Welt eines universalen Krieges dennoch ein scheinbar utopisch-kritisches Element: Die Entfesselung der Produktivkräfte, so wurde im Anschluß an die Geschichtsphilosophie des jungen Marx argumentiert (MEW 3: 70-77; MEW 13: 8f.), würde die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit Naturnotwendigkeit sprengen und eine proletarische Revolution freisetzen, die den „Verein freier Menschen“ begründete (Marx, MEW 23: 789-791). – Die sozialistische und kommunistische Gesellschaft wurde deshalb imaginiert als eine Gemeinschaft, die die gesellschaftliche Welt ebenso wie die Welt der Natur technisch beherrscht. So hat es auch Horkheimer 1933 ausgedrückt:

„In der Gegenwart zeigen sich die verschiedenartigsten Ansätze dazu, die gesellschaftlichen Vorgänge menschlicher Planung zu unterwerfen. Vielleicht wird man später einmal diese Epoche als den Übergang aus einem bloß natürlichen und daher schlechten Funktionieren des gesellschaftlichen Apparats zum bewußten Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte ansehen. (...) Weit entfernt davon, daß die prédiction auf dem Gebiet der außermenschlichen Natur notwendig leichter möglich wäre als auf dem der Gesellschaft, wird sie vielmehr um so leichter, je weniger ihr Gegenstand der bloßen Natur und je mehr er der menschlichen Freiheit unterworfen ist. Denn die wahre menschliche Freiheit ist weder mit der Unbedingtheit noch mit der bloßen Willkür gleichzusetzen, sondern sie ist identisch mit der Beherrschung der Natur in und außer uns durch vernünftigen Entschluß.“ (Horkheimer, GS 3: 156 f.)

In der Großen Depression von 1929/33 wurde diese Hoffnung enttäuscht: Durch den Sieg der „Mystik der Nationalsozialisten“ über den „wissenschaftlichen Sozialismus“ (Reich 1933: 16). Die Produktivkräfte schienen in der Krise die Produktionsverhältnisse zu zerstören – aber sie führten nicht in das „Reich der Freiheit“, sondern in die „Barbarei“. Die kritischen Theoretiker zogen die Konsequenz: Eine Kritik der Barbarei sei nicht möglich in Form einer Kritik der politischen Ökonomie, weil die „technische Rationalität“ der Produktivkräfte nicht länger als Rationalität der Emanzipation gewürdigt werden konnte, sondern als „Rationalität der Herrschaft“ gelten und aufgeklärt werden mußte (Horkheimer/Adorno 1944/47: 145; siehe Marcuse 1964: 174) – durch eine Kritik der instrumentellen Vernunft (Horkheimer 1944/47). Nach 1939/42 wendete sich die Kritische Theorie von der Kritik der politischen Ökonomie ab und der Kritik von Rationalität und Kultur zu: Der zentrale Gegenstand war nun die „Beherrschung der Natur in und außer uns“ als gesellschaftliche Herrschaft – die Kritik der „unversöhnten“ Natur (Horkheimer/Adorno 1944/47: 53-57). Der utopische Gehalt, auf den diese Kritik sich nun stützte, wurde in der Kunst, in der Triebstruktur des Menschen und im Judentum gefunden (Horkheimer/Adorno 1944/47): die Utopie der „Versöhnung mit der Natur“ (Horkheimer 1944/47: 134).

Wer sich mithin, in der gegenwärtigen Krise der Natur, die eine Krise nur ist durch das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur, auf die Kritische Theorie der Gesellschaft stützen will, um die gesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Ursachen der Naturzerstörung zu begreifen im Interesse

einer „Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ (Engels, MEW 1: 505), sieht sich von der Theorie verlassen (vgl. Hegel, Bd. 17: 343). Die orthodoxe Kritik der politischen Ökonomie stützt sich auf die Rationalität der Produktivkräfte, die Kritische Theorie auf eine Kritik der „unversöhnten Natur“, die nicht zur Kritik der neoliberalen bürgerlichen Politik-Ökonomie führt. In der neoliberalen Epoche der „Irrationalität der bürgerlichen Gesellschaft“ (Adorno GS 11: 284), haben sich die kritischen Theoretiker aus gesellschaftlichen Gründen mehr als in den „guten Zeiten“ Hegels (ebd.),

„durch Reflexion geholfen und in der Endlichkeit und ... im Eitlen ihre Befriedigung gefunden, aber darin kann jener substantielle Kern des Volks die seinige nicht finden. (...) Wie sich die zeitliche, empirische Gegenwart aus ihrem Zwiespalt herausfinde, wie sie sich gestalte, ist ihr zu überlassen und ist nicht die unmittelbar praktische Sache und Angelegenheit der Philosophie.“
(Hegel, Bd. 17: 343 f.)

Hegel, der mehr als noch als Kant durch seine dialektische Kritik hindurch die „deutsche Theorie der französischen Revolution“ ausgearbeitet hat (vgl. Marx, MEW 1: 80), verweist in jenen abschließenden Sätzen seiner Vorlesungen über Philosophie der Religion nicht apologetisch, sondern kritisch auf die Verselbständigung der Philosophie gegen die „empirische Gegenwart“. Diese Verselbständigung von kritischer Theorie und kritischer Praxis gegeneinander gilt für die neoliberale „Irrationalität der bürgerlichen Gesellschaft“ mehr als zu Hegels Zeiten. Gleichwohl ist die Kritik der einen wie der anderen Seite nicht zum Neokonservatismus verdammt – was die Kritik über das neoliberale Bewußtsein hinausführt ist, daß der „Ausfall der Reflexion“ (Horkheimer/Adorno 1947: 223) im gesellschaftlichen Irrationalismus aufgeklärt werden kann als „bestimmte Negation“ (ebd. 37) der Vernunft.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (GS 11): Versuch, das Endspiel zu verstehen. In: Gesammelte Schriften Band 11, Frankfurt 1981: 281 ff.

Albert, Mathias / Klaus Hurrelmann / Gudrun Quenzel / TNS Infratest Sozialforschung (2015): Jugend 2015. 17. Shell Jugendstudie. Hamburg 2015

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1986

Böhme, Gernot (1992): Natürlich Natur. Über Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit. Frankfurt 1992

Council of Environmental Quality (1980): Global 2000. Report to the President. Frankfurt 1980

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission (1987): Chancen und Risiken der Gentechnologie. Frankfurt, New York 1992

Dieren, Wouter van (1995): Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht. Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt. Basel, Boston, Berlin 1995

Eder, Klaus (1982): Was ist neu an den neuen sozialen Bewegungen? In: J. Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt, New York 1983: 401 ff.

Engels, Friedrich (MEW 1): Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: Marx-Engels-Werke Band 1. Berlin 1956: 499 ff.

Fromm, Erich (1936): Sozialpsychologischer Teil. In: M. Horkheimer (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Paris 1936: 77 – 135

Grebing, Helga (1983): Die Parteien. In: W. Benz, Hg.: Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Band 1: Politik. Frankfurt 1983: 126 ff.

Guggenberger, Bernd (1989): Umweltpolitik und Ökologiebewegung. In: W. Benz, Hg.: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaft. Frankfurt 1989: 393 ff.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt 1973

Hayek, Friedrich August von (1952): Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Tübingen, 3. Auflage 2004

Hayek, F. A. von (1960): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen, 3. Auflage 1991

Hayek, F. A. von (1973): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung. Landsberg 1980

Hayek, F. A. von (1981): Ungleichheit ist nötig. In: Wirtschaftswoche. 6. März 1981: 36 – 40

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (Band 17): Vorlesungen über die Philosophie der Religion II. Werke Band 17. Frankfurt 1969

Horkheimer, Max (1939): Zum Problem der Voraussage in den Sozialwissenschaften. In: Gesammelte Schriften Band 3. Frankfurt 1988: 150 – 157

Horkheimer, M. (1944/47): Kritik der instrumentellen Vernunft. In: Gesammelte Schriften Band 6. Frankfurt 1991: 19 – 186

Horkheimer, M. / Th. W. Adorno (1944/47): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Amsterdam 1968

IPCC / Michael Müller, Ursula Fuentes, Harald Kohl (Hg.) (2007): Der UN-Weltklimareport. Bericht über eine aufhaltsame Katastrophe. Köln 2007

Kant, Immanuel (Bd. XI): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Werkausgabe Band XI. Hg.: W. Weischedel. Frankfurt 1977: 195 ff.

Klein, Naomi (2003): Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront. Frankfurt, New York 2003

Klein, N. (2019): Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann. Hamburg, November 2019

Marx, Karl (MEW 3): Thesen über Feuerbach (1845). In: Marx-Engels-Werke Band 3. Berlin 1958: 5 – 7

Marx, K. (MEW 40): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: Marx-Engels-Werke Band 40. Berlin 1968: 465 ff.

Marx, K. (MEW 23): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1867). Marx-Engels-Werke Band 23. Frankfurt 1966

Marx, K. / F. Engels (MEW 3): Die deutsche Ideologie. In: Marx-Engels-Werke Band 3. Berlin 1958: 9 – 530

Marx, K. / F. Engels (MEW 4): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke Band 4. Berlin 1960: 459 – 493

Meadows, Dennis / Donella Meadows / Erich Zahn / Peter Milling (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek bei Hamburg 1973

Reich, Wilhelm (1933): Massenpsychologie des Faschismus. Kopenhagen, Prag, Zürich 1933

Schmitt, Carl (1932): Der Begriff des Politischen. Neuausgabe. Berlin 1987

UNDP (1999): Bericht über die menschliche Entwicklung 1999. Bonn 1999

World Bank (2000): Globalisierung und Lokalisierung. Weltentwicklungsbericht 1999 / 2000. Frankfurt 2000 (Besonders: Kapitel 4: 108 ff.)